

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr nichts,
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Arten- und Begräbnis-Kasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Berechnung und Veranlassungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die doppelspaltige Beilage. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Telephon: Nr. 4102.

Nr. 32. Auflage 64 000. Chemnitz, Freitag den 11. August 1905. Auflage 64 000 17. Jahrgang.

Der Zentralvorstand erläßt folgenden Aufruf:

„An die Ortsverwaltungen und die tätigen Kollegen, Unterlassierer usw. unseres Verbandes!

Angeichts des schweren Kampfes in der Färberei im sächsisch-thüringischen Bezirk beschloß der Zentral-Vorstand in seiner Sitzung am gestrigen Abend: Die Erhebung von Extra-Steuern auszuschreiben, und zwar auf die Dauer von 4 Wochen in Höhe von 20 Pf. pro Woche für die männlichen und 10 Pf. pro Woche für die weiblichen Mitglieder. Die erhöhten Beiträge sind zu leisten für die 36., 37., 38., 39. Woche.

Die übersandten Extramarken sind auf diese Felder im Buche zu kleben. Die Kollegenschaft ist zur pünktlichen und allseitigen Zahlung dieser Extra-Steuer anzuhalten.

Kollegen! Ein Kampf, wie er größer in unserer Industrie nicht getobt hat, provoziert durch ein nimmermüdes Ausbeutertum, ist entbrannt. Ungezählte Tausende werden in Mitleidenschaft gezogen in zahlreichen Städten. Das Ziel der vereinigten Unternehmertum ist völlige Niedertretung jeder Arbeiterorganisation. Durch Aussperrung zu Zehntausenden will man die finanzielle Kraft der Organisation zerreiben! Was aber ist die Organisation ohne Mittel zum Kampfe?

Kollegen! Wir müssen unsere ganze Kraft anspannen zu entschiedener Gegenwehr. Und zwar sofort! Mag der Kampf länger oder länger dauern, unser Streben muß sein, daß unsere Organisation finanziell nicht geschwächt, an Mitgliedern aber um Tausende gestärkt aus diesem Kampfe hervorgehe!

Kollegen! Beruft allerorts Versammlungen ein mit der Tagesordnung der Aussperrung der Zehntausende fleißiger Arbeiter und zeigt so an der Hand der Tatsachen der Kollegenschaft in ganz Deutschland, wessen sich jeder einzelne von einer ebenso tollen als blinden, vor Hochmut und Herrschsucht beinahe berstenden Profitmacherschaft allerorts und zu jeder Zeit zu versehen hat. Wir müssen in diesem Kampfe den Erfolg auf unsere Seite bringen!

Wir können das durch unermüdete Agitation! Sorgt, daß Tausende sich uns noch anschließen und sorgt, daß wegen diesem kleinen vorübergehenden Opfer niemand der Organisation untreu werde! Es ist das erste Mal, daß an die Leistungsfähigkeit der Textilarbeiter solche Anforderungen gestellt werden.

Wir können das durch unermüdete Agitation! Sorgt, daß Tausende sich uns noch anschließen und sorgt, daß wegen diesem kleinen vorübergehenden Opfer niemand der Organisation untreu werde! Es ist das erste Mal, daß an die Leistungsfähigkeit der Textilarbeiter solche Anforderungen gestellt werden.

Wir können das durch unermüdete Agitation! Sorgt, daß Tausende sich uns noch anschließen und sorgt, daß wegen diesem kleinen vorübergehenden Opfer niemand der Organisation untreu werde! Es ist das erste Mal, daß an die Leistungsfähigkeit der Textilarbeiter solche Anforderungen gestellt werden.

Der Ausschuß.
Laß.

Der Zentralvorstand.
Häbch."

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Bandwebern in Aresfeld (Gebirder Kluge), Dedenwebern in Döblau (Kahle), Spinnern und Webern in Grewen (Mechanische Spinnerei und Weberlei von Bielerad & Co.), Rammgarnspinnern und Anlegern in Mühlhausen i. G., in Rowawen-Neuendorf (Berlin-Neuendorfer Rammgarnspinnerei), Filzarbeitern in Rosß a. S. (Zint), Baumwollwebern und -Spinnern in Medartenglingen (Wachler & Co.), in Uraß (Zeuge), Färberei- und Appreturarbeitern in Glauchau-Meerane, Gera, Reichenbach i. W., Posaamentierern in Berlin, Bandwicklern in Schwelm (Karl Simmenberg & Sohn).

Aus dem Aussperrungsgebiet*).

Die Lage in den beiden Städten Glauchau und Meerane, wo der Streik der Färber den Anstoß zu der Kraftprobe der Unternehmer gegeben hat, bietet zu besonderen Betrachtungen wenig Anlaß. Ueber den bisherigen Stand der Dinge sind unsere Leser durch eingehende Berichte unserer Korrespondenten auf dem Laufenden erhalten worden.

Trotzdem mehrere hundert Streikende, sowohl in Glauchau wie in Meerane, für so verhältnismäßig kleine Städte von erheblicher Bedeutung sind, merkt nur ein in solchen Dingen schon geübtes Auge, daß gestreikt wird. Die Unternehmer und die bürgerlichen Zeitungen zehren nur immer über die Verhöhnung der Arbeiter durch die bösen sozialdemokratischen Agitatoren. Ihnen erscheint es, als ob die Organisation die überste Wirkung auf die Arbeiter und Arbeiterinnen ausübe. Eine der bestbelebtesten Lebensarten ist die von der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter. Den alten blinden Kadavergehörigkeit zeigen die Arbeiter freilich nicht mehr, die de- und wehmütige Unterwürfigkeit lassen sie vermissen. Selbstbewußter sind sie geworden, sie haben einen Begriff von ihrer Menschenwürde bekommen. Ungezügelter sind sie aber nicht geworden. Im Gegenteil! Die Organisation hat die Arbeiter zweifellos viel gestärkt gemacht. Für die erzieherische Wirkung der Organisationen auf die Arbeiter können eigentlich Staat und Gesellschaft gar nicht dankbar genug sein. Daß sie es nicht sind, zeigt, von wie verkehrten Anschauungen die Machthaber sich leiten lassen.

In den Berichten der bürgerlichen Blätter klingen die regelmäßigen Bemerkungen, daß im Aussperrungsgebiete volle Ruhe herrsche, daß Ausschreitungen nicht vorgekommen sind, wie eine Verwunderung darüber, daß nicht alles drunter und drüber geht. Die Arbeiter denken aber gar nicht an Ausschreitungen. Solche Gedanken läßt die Organisation gar nicht aufkommen. Das Vertrauen, daß sie durch den Verband zum Siege geführt werden, läßt irgend welche Verzweiflungsausbrüche bei den Streikenden nicht vorkommen. So geht denn die Streikbewegung so ruhig vor sich, wie etwa die Arbeit im geordneten Betriebe. Der notwendige Streikpolizei wird mit minutiöser Genauigkeit versehen. Der Bahnhof und alle Fahrsteigänge werden genau überwacht. Über

auch das geschieht so unauffällig, daß jemand, der nicht weiß, daß gestreikt wird, kaum aufmerksam wird, wenn er ein paar Leute auf der Straße langsam hin und her schlendern sieht.

Wie schon beim Weberstreik, der durch seine lange Dauer eine gute Übung in der Streiktechnik war, werden auch wieder die Arbeiterinnen als Streikposten verwendet. Natürlich unterziehen sie sich dieser Pflicht mit Ernst und Gewissenhaftigkeit. Schmutzige Mädel, mit denen man ganz gern den Dienst im proletarischen Kampfe teilen möchte, ziehen ebenso ernsthaft auf Posten wie Frauen, denen Not und Entbehrung tiefe Furchen durch das Gesicht zogen.

Von der Masse der Streikenden merkt man wenig. Wenn die vorgeschriebene Kontrollmeldung erfolgt ist, zerstreuen sie sich nach allen Seiten. Die unfehlwillige Ruhezeit gestattet ihnen, ins Freie zu gehen. Den reichen Pilzregen des Jahres machen sich die Streikenden gehörig zu nütze. Regere Geschäftigkeit herrscht nur im Bureau des Streikkomitees. So lange die Polizei die bisher geübte Zurückhaltung beibehält, die wir schon beim Weberstreik vor zwei Jahren rühmend anerkennen konnten, wird die Ruhe auch nicht gestört werden. In den Fabriken, wo gestreikt wird, herrscht ebenfalls Ruhe. Die so heiß ersehnten Streikbrecher bleiben aus. Auch die unorganisierten Aussperrten in den anderen Färbereierorten denken nicht daran, nach Meerane oder Glauchau zu gehen.

Ihre alte schändliche Taktik verfolgen auch bei diesem Kampfe die Hirsch-Dunderschen und die christlichen Gewerkschafter. Sie fallen den anderen Arbeitern in den Rücken. In Gera fanden Versammlungen der Hirsch-Dunderschen und der christlichen Ortsgruppe der Textilarbeiter statt. Es wurde in beiden Versammlungen energig protestiert gegen das Vorgehen des „sozialdemokratischen“ Textilarbeiterverbandes. Die beiden bürgerlichen Arbeitervereinigungen lehnen es ab, mit dem sozialdemokratischen Verband Hand in Hand zu gehen, da er „ihre Verbände in gemeinsamer Weise, ebenso die Arbeitgeber, fortgesetzt beschimpft“. Wenn die politische Agitation in Glauchau-Meerane die Arbeiter nicht aufgestachelte hätte, so wäre der Vergleich zu Lande gekommen, denn bereits heute bereue in Glauchau ein Teil der Streikenden den Streik. — Es bleibt die alte traurige Gesellschaft!

In Gera haben am Donnerstag vor Woche die Unternehmer vom Verband der sächsisch-thüringischen Weberbesitzer getagt. Die Scharfmacher haben darin ihren Willen durchgesetzt. Freitag und Samstagabend soll in allen Betrieben die Kündigung für den 19. August ausgesprochen werden. Gegen 20 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sollen aufs Pflaster geworfen werden, trotzdem die Geschäfte gut gehen. Sympathie mit den Färbereibesitzern haben die Textilarbeiter zu diesem Beschluß nicht gebracht. Einmal haben sie damit gerechnet, daß bis dahin das gefährliche Garn verarbeitbar sein muß, wenn der Färbereikampf fortbauert. Dann wollen sie, wie wir schon vorausgesagt haben, einen vorbeugenden Schlag gegen die Arbeiter führen, die seit Monaten auf die Bewilligung aufgeregter Forderungen dringen.

In vier Färbereien sind etwas über tausend Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Davon sind in dem Meisenbetrieb von

Schleber allein 700 ausgesperrt; 130 Arbeiter werden darin noch beschäftigt. Sie sollen erst dringende Arbeiten erledigen. Die Geraer Färbereiarbeiter haben in ihrer großen Mehrheit bisher wenig Sinn für die Organisation gehabt. Nur 130—140 von ihnen gehörten bei Beginn der Aussperrung dem Textilarbeiterverbande als unterstützungsberechtigte Mitglieder an.

Nun sind natürlich fast alle Aussperrten Mitglieder geworden. Die Unterstützungsfrage ist jedoch noch nicht entschieden. Am Freitag früh strömten die Aussperrten nach dem dicht beim Bahnhof gelegenen großen Lokale „Lokal“ zu einer Versammlung. Die bürgerlichen Blätter schwindeln auch, daß die Aussperrten empört seien darüber, daß ihre Glauchauer und Meeraner Kollegen nicht vor den Unternehmern zu Kreuze getrocken sind. Kein Wort ist daran wahr. Daß Begeisterung darüber herrscht, daß man zur unfehlwilligen Ruhe verurteilt wurde, kann natürlich nicht gesagt werden. Soweit Entrüstung vorhanden ist, richtet sie sich doch lediglich gegen die Unternehmer, die aus purem Machtgefühl Arbeiter, die mit ihnen keine Differenzen haben, auf die Straße werfen. Mitgeteilt wurde in der Versammlung, daß die Aussperrten, die auf Unterstützung keinen Anspruch haben, sich mit der Forderung um Existenzmittel an ihre Gemeindeverwaltungen wenden werden. Albin Reichelt, der in der Versammlung sprach, fand mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall. Wollte Sympathie wurde den Streikenden in Glauchau und Meerane ausgesprochen.

Der Was der Unternehmer lautet wörtlich: „Nachdem die Bemühungen der vereinigten Weber- und Färbereibesitzer, eine Einigung zwischen den Färbereiarbeitern von Glauchau und Meerane und ihren Arbeitgebern zu erzielen, gescheitert sind, sehen wir uns genötigt, unsere Weberereien, deren Fortbetrieb ohne gleichzeitiges Arbeiten der Färbereien und Appretur-Anstalten in ihrer Gesamtheit unmöglich ist, von dem 19. August d. J. ab bis auf weiteres zu schließen. Es wird indessen unser Bestreben bleiben — in Verbindung mit den Färbereibesitzern —, Mittel und Wege zu suchen, um den Arbeitswilligen sobald als möglich Gelegenheit zur Wiederaufnahme der Arbeit zu verschaffen.“

Bei der Aussperrung der Weber würden in Gera in 26 Betrieben 4000 Personen in Frage kommen, von denen ungefähr 2000 organisiert sind.

In der Versammlung wurde schon bekannt gegeben, daß es zu einer vollständigen Aussperrung nicht kommen wird. Die Unternehmer wollen für diejenigen „Arbeitswilligen“, die sich ihren Bedingungen unterwerfen, die Betriebe offen halten. Unsere Vermutung hat also schnell Bestätigung gefunden. Die Aussperrung ist ein längst geplanter Schlag gegen die Organisation der Arbeiter, für den der Färbereistreik bürgerlicher Vorwand sein soll.

Gera. Genau läßt sich noch nicht angeben, wie viele Arbeiter und Arbeiterinnen in Gera ausgesperrt sind. Nach den Angaben der Unternehmer sind 1700 Arbeiter ausgesperrt. Der größte Teil davon ist nicht organisiert. Die Aussperrten verteilen sich auf sechs Färbereien. In der Färberei von Hirsch allein sind etwas über 1000 beschäftigt. Es scheint bei den Unternehmern die Hoffnung zu bestehen, daß von den Geraer Aussperrten ein großer Teil nach

* Der Chemnitzer „Vollstimme“ entnommen, die einen ihrer Redakteure ins Aussperrungsgebiet entsandt hatte.

Glauchau und Meerane als Streikbrecher gehen werde. Sie werden sich bald überzeugen, wie groß ihr Irrtum ist.

Durch die Aussperrung der Textilarbeiter würden in Gera und den Vororten etwa 8000 bis 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden, die in einigen zwanzig Fabriken arbeiten. Organisiert ist auch davon nur ein Bruchteil. Eine wesentliche Zunahme der Mitglieder des Textilarbeiterverbandes wird auch hier die erste unmittelbare Folge der Aussperrung sein.

Die Aussperrung der Färber macht sich in der Stadt wenig bemerkbar. Viele von den Aussperrten, die auf den benachbarten Dörfern wohnen, kommen gar nicht in die Stadt, sondern bleiben in ihren Wohnorten, besonders auch deswegen, weil sie als nicht-unterstützungsberechtigt, nicht zur Kontrolle kommen, die der Verband einrichtete. Von einer Erregung der Arbeiter über die Streikenden in Glauchau und Meerane ist auch hier keine Rede. Dagegen gaben selbst bürgerliche Leute ihren Unmut über die Frevelthat der Unternehmer laut Ausdruck.

Der Stadtrat hat auf ein Gesuch der ausgesperrten Färberarbeiter vorige Woche beschlossen, daß die Genehmigung zu einer öffentlichen Geldsammlung nicht erteilt werden kann, weil dadurch die Behörde Partei nehme für einen der kämpfenden Teile, und das sei einer städtischen Verwaltung nicht würdig. Der Stadtrat weiß, was er den Unternehmern schuldig ist.

In drei großen Versammlungen nahmen am Montag abend die hiesigen Textilarbeiter und Arbeiterinnen Stellung zu der Kündigung der Weber und der für den 19. August von den Fabrikanten angebotenen Schließung der sämtlichen Textilfabriken im sächsisch-thüringischen Bezirke. Durch die Referate kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Organisation der Arbeiter keinen Kampf will, sondern gern bereit ist, die Differenzen im Vergleichsweise aus der Welt zu schaffen. Voraussetzung sei aber, daß an dem Knochen, den der Fabrikantenverband den Arbeitern hinzuwerfen beabsichtigt, wenigstens etwas Fleisch haften sollte. Sollte aber der Unternehmerhochmut sich noch weiter steigern und den Arbeitern den Kampf auszuweichen werden, so werde ihn die Organisation so führen, wie es im Interesse der Arbeiter liegt. Die Aufforderung, die Aussperrung am 19. August mit derselben Ruhe hinzunehmen wie die Kündigung, fand begeisterte Zustimmung.

Eine nach Berga a. E. einberufene Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung, in welcher über die Aussperrung in der Textilbranche referiert werden sollte, wurde verboten mit der Begründung, daß die Aussperrung der Weber zurzeit noch nicht erfolgt sei.

In Meßschau wurden Sonnabend den 5. August in der einzigen Streichgarnfabrik am Orte gegen 100 Personen ausgesperrt. Denselben ist vor 14 Tagen bedingt gekündigt worden. Zwei kleinere Färbereien sperrten nicht aus. Der größere Teil der Aussperrten ist organisiert. Von der Aussperrung der Textilarbeiter würden 2000 Personen in 13 Betrieben betroffen werden. Davon sind 30 Prozent organisiert.

Reichenbach i. V. Die Massenaussperrung betrafte in 60 bis 70 Betrieben gegen 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Freitag in den Betrieben angekündigte Aussperrung hat aber durchaus nicht eine niedergedrückte Stimmung bei den Arbeitern hervorgerufen. Vielmehr herrscht maßlose Erbitterung gegen die Unternehmer. Die Arbeiter sind allgemein der Meinung, daß so unerhörtem Uebermut und so frevelhafter Gewalttat gegenüber etwas getan werden müsse. Daß sie von der Regierung nichts zu erwarten haben als Unterdrückungsmaßregeln, ist den sächsischen Textilarbeitern nur zu gut bekannt. Deshalb ist in den Leuten eine erstaunliche Kampflust rege. Da gibt es nicht mehr „aufzuheben“, sondern es muß gehandelt werden, weil große Neigung vorhanden ist, erst gar nicht noch zwei Wochen zu warten, sondern sofort die Fabriken durch Arbeitsunterbrechung zum Stillstand zu bringen.

Wie berichtet wird, sind am Montag nur 200 Arbeiter ausgesperrt worden, nicht 700. Ein Teil der Arbeiter wird weiter beschäftigt. Die Unternehmer befinden sich in der bedenkenlichsten Situation. Ihre wahnwitzigen Herrenneigungen veranlassen den Beschluß wegen der Aussperrung. Das Profitinteresse treibt sie zu dem Verlangen, sich um den Beschluß herumzudrücken.

Mylau. In zwei Appreturanstalten mit Färbereien sind 300 Personen ausgesperrt, davon ist der größere Teil in Textilarbeiterverbände unterstützungsberechtigt. Wenn es zur allgemeinen Aussperrung der Textilarbeiter kommt, werden aus zehn Betrieben über 2000 Menschen auf die Straße gejagt werden. Bei den Arbeitern, mit denen ich zusammenkam, fand ich nirgends gebräute Stimmung.

Meerane. Die Schornsteine und Fabrikhölzer der beiden Betriebe J. S. Bornemann und C. Batty haben von Montag den 7. August ab wieder angefangen zu rauchen. Die Meeraner Einwohnerschaft, soweit sie vielleicht in dem Glauben war, der Streik sei beendet und mit diesen zugleich die für den 19. August angekündigte Massenaussperrung hinfällig, war aber enttäuscht. Die Herren Bornemann und C. Batty aber, welche ihre mächtigen Betriebe wieder in Bewegung setzen ließen, haben umsonst gewartet — — — auf Arbeitswillige — — — Kein einziger erschien, außer den einzelnen Leuten, die schon bis jetzt gegen ihre Arbeitsbrüder und Schweltern gehandelt und den beiden Kapitalisten zum Nutzen weiter gefronnt haben. Die Meeraner Färbereiarbeiter können nicht anders und es wird auch die Aussperrung keine Veränderung bringen, sie müssen im Ausstand bleiben.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Webfabriken Louis Quas & Co. und Emil Lenke wurde gestern bekannt gegeben, daß die Inhaber beider Betriebe am 19. August nicht mit ausperren.

Ein Kenner unserer städtischen Verhältnisse und der Eigentümlichkeiten der bestehenden Klassen konnte am Montag eine wahre Bienenstätigkeit dieser Leute beobachten. Trotz schlechter Witterungsverhältnisse war zu konstatieren, daß Leute Straße auf Straße abließen, die sonst nicht an eine häßliche Bewegung gewöhnt sind. Wahrscheinlich ist es, daß mancher Wort wegen des Streites und der Aussperrung gefallen ist — — — denn die Lage des sächsischen Feuerwehres steht vor der Tür — — — auch müssen die Arbeiter für den Königsbesuch in unserer Stadt vorbereitet werden, da alles noch zur rechten Zeit fertig werden soll. — — — Und nun dieser Streik mit dem drohenden Gespenst der Aussperrung.

Ist das nicht fatal für unsere Patrioten, für Leute, welche auch Freunde von Anoploch-Deformation sind? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht der Färbereibewegung Meerane-Glauchau eine Entscheidung bevor, indem die beiden Unternehmer noch zu einer Belehrung geneigt sind. Bei den Arbeitern kann es kein Zurück mehr geben.

In einem hiesigen bürgerlichen Blatt finden wir folgendes Eingekleid, welches, soweit wir informiert sind, von einem früheren Fabrikanten geschrieben ist:

Eingekleid.

Nichtwollen oder Nichtkönnen sind zwei Begriffe, welche ganz besonders heute, bei der eingetretenen Färberei- und Appreturarbeiterbewegung schwerwiegend in die Waagschale fallen.

Können hier die Arbeiter nachgeben, oder wollen dieselben nicht nachgeben? Nur diese zwei Fragen sind zu beantworten.

Wie die Lage jetzt hier liegt, hierüber muß nun unbedingt die öffentliche Meinung als Richter angerufen werden. Diese mag

den Schiedspruch unparteiisch fällen, ehe die Katastrophe hereinbricht, die bereits lawinenartig am Horizont heraufzieht, und die einen großen Industriebezirk in eine unabsehbare Arise verwickeln kann, die namenloses Elend zur Folge haben muß.

Kein Mensch, dem nur einigermaßen ein menschlich fühlendes Herz im Leibe schlägt und Interesse für die wichtigsten staats-erhaltenden Fragen hat, worunter in erster Reihe die wirtschaftliche Frage, als die sogenannte Magenfrage gehört, kann hier gleichgültig bleiben und alles andere muß hierbei in den Hintergrund gestellt werden.

Schon vor drei Jahren, ehe noch der Arbeiter-Streit in den mechanischen Fabriken Meerane und Glauchau zum Ausbruch kam, war bei diesem die Lohnfrage der Färberei- und Appreturarbeiter mit auf die Tagesordnung gesetzt, sie wurde jedoch gegen deren Willen wieder zurückgestellt, was bei diesen damals sehr böses Blut erregte, aber die Färberei- und Appreturarbeiter, sie fügten sich in ihr herbes Schicksal.

Drei volle Jahre hat nun schon wieder diese Quälerei, wie ich sie nennen muß, gedauert, und da nun endlich die Vereintigung der Arbeitgeber (Garnfärber und Appreture) mit den Vertretern ihrer Arbeiter mit Ach und Krach die Miniaturerhöhung eines Lohn-tarifes zum Abschluß gebracht hat, so weigert sich nun wieder die andere Vereintigung des Stückfärberringes, ihren Arbeitern dieselbe Konzession zu machen.

Und da schreiben auswärtige Zeitungen, wie z. B. in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wörtlich zu lesen ist:

„Schon seit längerer Zeit gärt es unter der Arbeiterschaft der Färbereien des industriell hochentwickelten Bezirkes Glauchau-Meerane, und Agitatoren, die nachher sich gewöhnlich weit vom Schusse befinden, haben auch hier wieder ein Äbriges getan, die Unzufriedenheit so lange zu schüren, bis sie zur hellen Flamme emporloderte und bis es zu einem Streit kam usw.“

Sollte da nicht gleich der alte Herrgott mit der Donnerkeule dreinschlagen, wenn solche Blätter, die sich mit ihrer „Unparteilichkeit“ stets brüsten und die bei jeder Gelegenheit schreiben: „da sind wir Wilben doch bessere Menschen“ solches Zeug schreiben und die öffentliche Meinung detarig beeinflussen?

Am Montag abend waren drei Versammlungen angesetzt, und zwar in den Sälen „Thüringer Hof“, „Tonhalle“ und „Kuchengarten“. Schon lange vor Beginn der Versammlungen waren die drei geräumigen Säle bis in alle Winkel voll besetzt.

Die Zahl der Versammlungsbesucher auf allen drei Sälen war ungefähr 2500 bis 3000; ein großer Teil mußte jedoch wieder umkehren, da kein Platz mehr vorhanden war. Als Referenten waren erschienen: Reichelt-Chemnitz, sowie Sachs und Lüttich aus Leipzig. Die Tagesordnung in allen Versammlungen war: „Der Streit der Färberei- und Appreturarbeiter von Glauchau und Meerane, sowie die event. von den vereinigten Webereibesitzern für den 19. August beschlossene Massenaussperrung aller in ihren Betrieben tätigen Personen.“

Im Saale des „Thüringer Hofes“ sprach Reichelt aus Chemnitz. Redner führte in circa 1 1/2 stündiger Rede aus, daß wohl noch kein Streit so heftig gewesen sei, wie gerade der Meeraner-Glauchauer Färbereiarbeiterstreit. Redner schildert die mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen sowie alles, was in Bezug auf den Streit von uns schon an dieser Stelle berichtet wurde.

Arbeitgeber der anderen Vereintigung, die den Tarif anerkannt haben, konnten den Führern des Streiks erklären, daß es den Firmen, bei denen die Arbeiter im Streit stehen, gar wohl möglich sei, die minimale Forderung zu bewilligen.

Nachdem Redner sich mit den Arbeitswilligen ins Gericht gegangen war, schilderte er die Schandtat der geplanten Aussperrung der Webereiarbeiter und Arbeiterinnen sowie die mit den Webereiarbeitern von Gera, Mylau, Meßschau, Gera und den vereinigten Webereibesitzern gepflogenen Verhandlungen. Die gemeine, lächerliche bürgerliche Presse wurde vom Redner treffend gezeißelt, besonders die gemeine Schreibweise der Leipziger „Neuesten Nachrichten“.

Nicht sozialdemokratische Heizer hielten den Kampf heraufbeschworen und die Organisation zu einer großen gemacht, sondern gerade der profenhafte Standpunkt der Unternehmer habe dieses geschaffen von der Zeit der Aussperrung der Meeraner Arbeiter drei Tage vor Weihnachten im Jahre 1902 an. Die Meeraner Arbeiter und Arbeiterinnen der Webbranche seien nach Information des Redners gewillt, schon am Dienstag den 8. August die Arbeit einzustellen und nicht erst die Aussperrung abzuwarten. Vor diesem Schritt warnte Reichelt dringend die Arbeiterschaft, er ersuchte, in Ruhe abzuwarten, was kommt. Weiter ersuchte er alle, die noch nicht organisiert sind, dies sofort zu tun. Reichelt Befall lohnte dem Redner.

Nach 10 Minuten Pause schilderte das Kommissionsmitglied Kollege Heil die Verhandlungen und die traurigen Lohnverhältnisse, die kaum zum Leben genug bieten.

Anlässlich des nächsten Sonntag stattfindenden Säch. Feuerwehresfestes forderte Redner die Anwesenden auf, die Freiquartiere abzugeben und das Geld für die Streikenden zu verwenden. Arbeiter, die auf die Straße geworfen würden, hätten keine Veranlassung, noch feste ihrer Arbeitgeber zu verherlichen. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen.

Resolution:

Die heute im Saale des „Thüringer Hofes“ tagende, von ungefähr 1000 Personen besetzte öffentliche Textilarbeiter-Versammlung erklärt den Streit der Färberei- und Appreturarbeiter von Glauchau und Meerane für einen berechtigten Lohnkampf und erucht die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen um festes Aushalten im Kampfe. Die Versammelten werden auch der angekündigten frevelhaften Massenaussperrung mit Ruhe entgegenzusehen. Die Versammelten erklären ferner, auch wenn die vereinigten Webereibesitzer die Schandtat der Massenaussperrung wahr machen sollten, die streikenden Arbeiter nicht zu beeinflussen, die Arbeit wieder aufzunehmen ohne Anerkennung von den Vereintigten Färberei- und Appreturarbeitern bewilligten Tarifes durch die sächsisch-thüringischen Färbereikonvention. Die Streikenden sowie die am 19. August der Aussperrung ausgegesetzten Arbeiter und Arbeiterinnen von Meerane erwarten von der gesamten deutschen Arbeiterschaft Unterstützung. Die Kommissionen der streikenden Arbeiter sowie der Webereien werden ersucht, nochmalige Verhandlungen anzubahnen.

Nach einiger Diskussion erhielt Reichelt das Schlusswort. Er führte aus, daß der Färbereistreit vor zwei Jahren keine Preise auf 25 Proz. erhöht, den Arbeitern aber nicht mehr gezahlt habe. Mit einer detarigen Handlungswelt ließen sich die Arbeiter nicht mehr abgeben. Festabgeschlossene Lohnsätze, die bindend für alle Arbeitgeber seien, wollten die Arbeiter schaffen und würden es auch erziehen, wenn sie nur einig seien. Mit einem nochmaligen Appell zum festen Zusammenhalten schloß der Vorlesende Kollege Wunderlich die Versammlung. Ueber die beiden anderen Versammlungen ist so ziemlich dasselbe zu berichten. Lange noch dauerte es, ehe die große Anzahl der Erschienenen die Versammlungssäle leerten, um ruhig nach Hause zu gehen.

Mit welchem Interesse die Behörden den Lohnkampf in der Färberei-Industrie verfolgen, davon zeugen folgende Vorgänge. Als am Montag der Meeraner Stadtrat erfuhr, daß Genosse Albin Reichelt aus Chemnitz in einer Versammlung sprechen würde, wurden sofort Ermahnungen eingeschoben, in welcher Ver-

sammlung Reichelt sprechen würde. In der betreffenden Versammlung war Stadtrat Dr. Lange zugegen. Auch der Amtshauptmann von Glauchau war in der Versammlung im „Thüringer Hof“ anwesend und verfolgte aufmerksam die Verhandlungen. Auf der Rückfahrt nach Glauchau sprach auch er den Genossen Reichelt an und unterhielt sich mit ihm über die Lohnbewegung. Besondere Sorge schien es ihm zu bereiten, daß der Feuerwehrtag am kommenden Sonntag unter dem Auslande zu leiden haben dürfte.

Glauchau. In überfüllten Lokalen fanden am Dienstag zwei öffentliche Versammlungen statt, die Stellung nahmen zum Streit der Färberei- und Appreturarbeiter und zu der geplanten Massenaussperrung. In der Zentralthalle referierte Reichstagsabgeordneter Strüden Meunburg. Derselbe schilderte noch einmal die Ursachen und den Verlauf des Streites. Ueber die Ursachen und die Berechtigung der Forderungen, meinte Redner, brauche garnicht mehr gesprochen zu werden, wenn ein Organ, das nicht etwa sozialdemokratisch sei, erkläre, daß zu einem einigermaßen anständigen Leben für eine Arbeiterfamilie ein Einkommen von mindestens 1500 Mk. gehöre. Das habe das Reichstagsamt festgestellt. Wenn daher die Arbeiter einen Mindestlohn von 15 Mk. fordern, dann sei dies erst die Hälfte des Notwendigen. Schon damit sei die Berechtigung der Forderung, festgestellt. Die Möglichkeit der Bewilligung sei damit bewiesen, daß die anderen Unternehmer, welche dem Ring nicht angehören, den Tarif anerkannt und unterzeichnet haben. Auf die weiteren Maßnahmen der Webereibesitzer eingehend, meinte der Referent, daß dies weniger ein Akt der Solidarität sei, sondern dem Wunsche entspringe, die Organisation der Arbeiter, d. i. der Deutsche Textilarbeiterverband, zu sprengen oder mindestens zu schwächen. Weiter kritisierte er das Verhalten einzelner Behörden, die alle Ursache hätten, die Steuerkraft der Arbeiter zu heben.

Ferner kritisierte der Redner die Behauptung der Unternehmer, mit dem Verband der Arbeiter nicht unterhandeln zu können, trotzdem sie ihre Beschlüsse und Pläne, sowie Verhandlungen nur durch ihre Organisation ausführen. Von der heute stattfindenden Verhandlung in Glauchau zwischen den Unternehmern glaubt er noch nichts erwarten zu können, trotzdem die Arbeiter schließlich von ihrem Recht, die Vertreter ihrer Organisation mit heranzuziehen, auch noch absehen werden. Sollte eine Einigung erzielt werden, würde sich niemand mehr freuen, als die sogenannten Heizer, die Vertreter der Arbeiter. Zum Schluß ermahnte der Referent die Arbeiter bei allen Handlungen während des Kampfes und zum Aushalten, da dann der Sieg den Arbeitern sicher sei. Im „Weihen Hof“ war die Versammlung noch stärker besucht, so daß man Kopf an Kopf den Ausführungen des Kollegen Reichelt-Chemnitz lauschte. Auch dieser Referent stizerte noch einmal den ganzen Kampf, das Verhalten der Unternehmer und der bürgerlichen Presse. Er wies nach, daß die angeführten höheren Löhne, mit welchen die bürgerliche Presse renommiert, nur durch Ueberstunden erreicht wurden, daß das Ueberstundenwelen nur auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter aufrechterhalten wird. Nach feurigen Worten zum Aushalten im Kampfe, erreichte auch diese Versammlung ihr Ende.

Trotzdem am Montag früh die Betriebe, deren Besitzer dem Färbereistreich angehören, ihre Tore wieder geöffnet haben, ist dasselbe Bild wie vor der Aussperrung zu verzeichnen. Ausgenommen die paar Arbeitswilligen, welche von ihren „Brotgebern“ erst durch die Aussperrung von ihren „Fleischtopfen“ gerissen wurden, arbeitet niemand. Der ersuchte Zufluß von Arbeitskräften ist ausgeblieben. Auch auswärtige Arbeitswillige haben sich nicht eingestellt. Die Ruhe und Stimmung bei den Streikenden ist vorzüglich. Am Dienstag wurden unter die Streikenden schon Nahrungsmittel verteilt, die ein hiesiger Geschäftsmann den Kämpfern gespendet.

Mittwoch vormittag 10 Uhr sind im Glauchauer zwei Vertreter aus den in Glauchau und Meerane vom Streit betroffenen Färbereien mit den Unternehmern zu erneuter Verhandlung zusammengetreten. Als Besucher sind die Bürgermeister von Glauchau und Meerane hinzugezogen worden. Die Arbeiter haben darauf verzichtet, daß Vertreter ihrer Organisation an den Verhandlungen teilnehmen.

Köchlitz. Den Arbeitern der mechanischen Weberei von Winkler & Sohn hier wurde durch Anschlag in der Fabrik bekannt gegeben, daß am 19. August die Arbeit eingestellt werden müsse. Der Chef der Firma gehört dem Webereiverband an.

Mit falschen und erlogenen Berichten werden nach wie vor die bürgerlichen Blätter von einigen Berichterstellern aus dem Aussperrungsgebiet gefüllt. So faselt einer dieser Zeilenhinder, daß überall in Arbeitstreffen das Verlangen bestehe, die Regierung solle eingreifen und vermitteln. Wenn es in Sachen eine Regierung gäbe, die unparteiisch über den Parteien stehen würde, wäre ein Eingreifen selbstverständlich. Wenn durch die verbrecherische Prozedur einer Handvoll Kapitalisten schwere Nachteile für das Land heraufbeschworen werden, so möchte die Regierung natürlich versuchen, so schändlichem Treiben um jeden Preis Einhalt zu tun. Aber in Sachen hat sich die Regierung noch nie anders denn als ein geschäftsführender Ausschuß der bestehenden Klassen gezeigt. Daß von dieser Regierung absolut nichts Gutes zu erwarten ist, das wissen die Arbeiter nur zu gut. Die Ruhmesteten der sächsischen Regierung beim Crimmitschauer Streit können noch nicht in Vergessenheit geraten sein. Die Arbeiter können also von einem Eingreifen der Regierung nichts Gutes erwarten. Solchen Respekt genießt die Regierung auch bei den Unternehmern nicht, daß die letzteren sich durch sanfte Ermahnungen und Vorstellungen in ihren Entschlüssen beeinflussen lassen. Dieser Prozeßgesellschaft gegenüber wirkt nur harter Zwang.

Ueber die finanzielle Lage des Textilarbeiter-Verbandes werden ebenfalls die widerspruchsvollen Angaben gemacht. Daraus, daß der Verband die unorganisierten Aussperrten nicht unterstützt und ebenso, keinem Statut gemäß, den noch nicht seit 18 Wochen organisierten Mitgliedern die Unterstützung vorenthält, wird geschlossen, daß der Verband über unzulängliche Mittel verfüge. Das ist dummes Zeug. Der Textilarbeiter-Verband muß, wie es andre Verbände längst vor ihm taten, endlich streng den Grundsatz durchführen, daß nur derjenige ein Recht auf Unterstützung hat, der im vollen Umfange seine Pflichten gegenüber der Organisation erfüllt hat. Die Arbeiter sind oft genug zum Beitritt in den Verband aufgefordert worden. Versäumten sie das, bisher aus Feigheit, aus Rechnungsträgerei oder aus übel angebrachter Sparamkeit, so müssen sie sich die Folgen tragen. Für zukünftige ähnliche Fälle mögen sie sich bei Zeiten vorsehen. Die Aussperrung wird insofern für sie sehr heilsam sein, daß sie nun sehr nachdrücklich auf den Wert und Nutzen der Zugehörigkeit zur Organisation hingewiesen werden. Für keine Mitglieder hat der Verband genügend Mittel zur Unterstützung.

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Brambach. Drastischer als wie in letzter Zeit konnte den Arbeitern und Arbeiterinnen der J. B. Sandershäger Fabrik im Ortigen auch allen anderen nicht gezeigt werden, wie notwendig ein alles umfassende und selbstbewußte Organisation ist. Obwohl die Arbeitergenossenschaft schon manches über sich ergehen ließen, obwohl sie zu den denkbar niedrigsten Löhnen kauften, ohne

zu murren, sind sie doch als auffällig betrachtet worden. Sie wagten es nämlich, ihren Arbeiter-Vorstand aufs Kontor zu schicken, um mit Herrn Sanders Rücksprache darüber zu nehmen, wie eine Aenderung eintreten könne, damit die Weber nicht so sehr nach Schulpulver zu laufen brauchten. Aber das genigte Herrn Sanders, die Leute schroff abzuweisen. Und doch waren es nicht nur die Weber und Weberinnen dieser Fabrik, die fast einstimmig dem Vorstand aufgaben, vorstellig zu werden, sondern auch der Meister hatte gelegentlich dem Arbeiter-Vorstand anheimgesprochen, mit Herrn Sanders darüber Rücksprache zu nehmen, wie am besten die Weber und Weberinnen mit genügendem Schuttmaterial versorgt werden könnten. Und doch wurde dem Arbeiter-Vorstand eine solche Abfertigung zu teil. Es verbietet uns die Rücksicht auf den Raum dieses Blattes, auf das — ach! — so vielgepriesene „harmonische“ Unternehmen zwischen diesem Arbeitgeber und „seiner“ Arbeitnehmern, welches sich bei dieser Gelegenheit so herrlich offenbarte, hier ausführlich einzugehen. Doch diese Behandlung allein sollte den Arbeitern und Arbeiterinnen zeigen, daß nur eine straffe Organisation hier helfend eingreifen kann! Aber noch ein anderer Fall, der sich bei dieser Firma zugetragen hat, die Kündigung unseres Kassierers, Kollegen Josef Goda, sollte den indifferenten Arbeitern und Arbeiterinnen die Augen öffnen und lehren, daß es auch für sie höchste Zeit ist, sich zu organisieren, um durch den Zusammenschluß aller den Herrschaftsgelassenen Einhalt gebieten zu können. Nach Angabe des Herrn Sanders wurde Goda gekündigt, weil er den Anordnungen des Meisters nicht Folge geleistet habe, weil er nämlich neben ihm liegenden Webstuhl nicht pugen wollte. Nein, der Hauptgrund wird sein, daß es unser Kollege sich nicht nehmen ließ, wann und wo er konnte, die Rechte der Arbeiterchaft zu vertreten, weil er die freigeistige Natur hat, jedem, auch seinem Vorgesetzten, die Wahrheit ins Gesicht zu sagen. Traurig ist es aber, wenn die Arbeiter in einer Fabrik nicht soviel Solidaritätsgefühl zeigen, daß sie sich sagen: Wir erklären uns mit ihm solidarisch, denn wir wollen nicht, daß Kollegen aus unserer Mitte gerissen werden, die unsere Rechte verteidigen haben! Ja, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn ihr nicht ganz in slavischem Gehorsam aufgehen, nicht ganz als Spielball der kapitalistischen Herrschaftsgelassenen euch gebrauchen lassen wollt, und wenn euch das Wohl der Gesamtheit als oberstes Gesetz gilt, dann organisiert euch und agitiert mit dem Rufe: Hoch die Solidarität!

Apolda. Am Dienstag den 25. Juli hielt die hiesige Filiale ihre Mitgliederversammlung ab, welche trotz Wechsels des Lokals — dieselbe fand im „Kasselerhof“ statt — nur schwach besucht war. Man hatte damit gerechnet, daß durch den Wechsel des Lokals die Mitglieder zahlreicher erscheinen würden. Dem war aber nicht so. Zunächst erlatete der Kassierer den Vierteljahresbericht vom 2. Quartal, welcher eine Einnahme von 1392,86 M., eine Ausgabe von 2057,50 M. aufwies. Kollege Panzer erläuterte hierauf die Angelegenheit des gemeinsamen Unterlasseners Saldiers betreffs Unterlassung von Verbandsgeldern, worauf die Revisoren unter Ausschluß des Fehlbetrags für den Kassierer Entlastung beantragten. Dieses wurde auch angenommen. Hierauf wurde zum Antrag des Vorstandes, betr. Entschädigung der Unterlasserer und Einführung der Hausassurierung, übergegangen. Der Antrag des Vorstandes wurde angenommen. Als Entschädigung für die Unterlasserer wurden 3 Proz. der Brutto-Einnahme festgesetzt. Neben der Hausassurierung soll dann das Werkstattvertrauensmännersystem eingeführt werden. Zur Wahl der Hausassurierer beauftragte Hilliges, den Vorstand zu ersuchen, zur nächsten Versammlung geeignete Vorschläge zu machen. Unter Verschließen wurde beschlossen, daß die Stadtverordnetenfraktion dahin wirken möge, die Gewerbegerichtsverfahren an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Der Vorliegende gedachte schon des vor kurzer Zeit verstorbenen Kollegen Petrusche, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben; nachdem noch die ausgeschiedenen und ausgeschiedenen Mitglieder verlesen waren, schloß Kollege Panzer die Versammlung mit einem warmen Appell an die Mitglieder, treu zur Sache zu halten und immer neue Kämpfer zu werden. Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend gebeten, die ausgegebenen Fragezettel sofort genau auszufüllen und gleich an die Unterlasserer zurückzugeben, auch ist anzugeben, ob Vorder- oder Hinterhaus, wieviel Treppen, event. bei wem wohnhaft.

Langenberg (Reich). Wir haben seit langer Zeit nichts im Fachblatt über die hiesige Textilarbeiterbewegung berichtet, trotzdem brauchen die auswärtigen Kollegen nicht zu glauben, daß es den hiesigen Arbeitern gut geht. Seit 1. April haben wir einen neuen Direktor und da gab es gleich Krach, so daß einen halben Tag gestreikt wurde, um den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Es hatte dann auch den Anschein, als ob Ruhe eingetreten sei, aber immer wieder versuchte der Herr Direktor, sich an den Arbeitern zu reiben. Zum Vogelschießen spielte derselbe den Noblen, indem er freibier zum besten gab. Leider sahen verschiedene Arbeiter nicht ein, daß dieses dazu führen sollte, die hiesigen Arbeiter uneinig zu machen. Als nun daraufhin ein Artikel in der „Reichlichen Tribune“ erschien, glaubte derselbe seinen Zorn an einem Mitglied unserer Filiale auslassen zu können dadurch, daß demselben gekündigt wurde. Auf die Frage desselben, warum man ihm kündige, erfolgte die Antwort: das werde er schon wissen. Nun können wir aber versichern, daß der Kollege garmicht in Zusammenhang mit diesem Artikel gebracht werden kann. Acht Tage später bekam dann noch ein Kollege gekündigt. Daß nun die Verhältnisse in der Fabrik nicht besser geworden sind, ist sehr erklärlich. Nun ist allen Arbeitern gekündigt worden. Da gibt es wieder Geschrei. Dabei will ich mitteilen, daß die hiesige Filiale an Mitgliedern sich in kurzer Zeit verdoppelt hat. Die hiesigen Textilarbeiter haben eben den Wert der Organisation begriffen. Hoffen wir, daß dieselben auch in Sturm und Drang fest zusammen halten, dann kann der Herr Direktor böser machen, was er will, wir fürchten ihn nicht.

Leipzig. Die Textilarbeiter Leipzigs hielten ihre Quartalsversammlung am 22. Juli im „Vollshaus“ ab. Aus dem vom Kollegen Sachse gegebenen Kasfenbericht ist eine Einnahme und Ausgabe von 4708,61 M. zu ersehen. Der Kasfenbestand am Ende des Quartals war 473,67 M. Von den Ausgaben verdient hervorgehoben zu werden: Krankenunterstützung 622,10 M., Reiseunterstützung 127,30 M., Streikunterstützung 92,50 M. und Gemeindegeldunterstützung 616 M. In die Hauptliste wurden gefandt 1981,10 M. Außerdem wurden 190 Mitglieder aufgenommen. Die Revisoren, befristeten, Kasfe- und Belege für richtig befunden zu haben. Es wurde beschlossen, am 27. August einen Ausflug nach Raumburg und Freyburg zu machen, sowie am 9. September im „Sausburg“ ein Herkulesfest zu veranstalten. Besprochen wurde ferner die Gera, Greiz, Meerane und Glauchau umfassende Färbereiarbeiterbewegung und wurde die volle Sympathie den Arbeitern und Arbeiterinnen zu teil. Auch die Zustände in den hiesigen Färbereien lassen noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Löhne der Arbeiterinnen in Wasserdorf genügen den geringsten Anforderungen nicht, fast Lohnzulagen haben Abzüge kaltegebunden. Als erster Schriftführer wurde Kollege E. gewählt. Dem Kollegen Sch. wurde einstimmig weitere Unterstützung verweigert. Ein Antrag wurde angenommen, die Sektionseinteilung in nächster Versammlung mit zu besprechen. Aufgefordert wurde noch zum Abonnement auf die „Vollzeitung“ und zum Besuche des Gewerkschaftsfestes.

Rudersdorf. Am 19. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst gab der Kassierer den Kasfenbericht vom 2. Quartal 1905. Die Einnahme betrug 3040,61 M., die Ausgabe 2901,71 M., mithin verbleibt ein Kasfenbestand von 138,90

Mark. Nachdem der Revisor Kollege Kollhof die Richtigkeit der Kasfenrechnung bestätigt hatte, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann berichtete Kollege Köhler über die letzte Sitzung des Gewerkschaftsartikels. Mit ganz besonderem Interesse wurde der Bericht vom Arbeitersekretariat entgegengenommen. Die fortwährend steigende Frequenz ist der beste Beweis dafür, daß durch die Einrichtung des Arbeitersekretariats auf gewerkschaftlichem Gebiete ein Schritt vorwärts getan worden ist. Die Zahl der Besuche betrug im letzten Quartal 521, davon waren 12 Unorganisierte und 24, welche außerhalb Rudersdorfs ihren Wohnsitz hatten. Die Zahl der angefertigten Schriftstücke betrug 352. Trotzdem an jedermann kostenlose Lustpost erteilt wird, an Organisierte mündlich und schriftlich, an Nichtorganisierte nur mündlich, so kommt es doch vor, daß selbst organisierte Kollegen noch zu den sogenannten Rechtskonsulenten gehen und mitunter für ganz wertlose Schriftstücke schweres Geld bezahlen. So etwas sollte doch bei organisierten Arbeitern nicht vorkommen. Die Sprechstunden des Arbeitersekretärs sind Wochentags mittags von 12 bis 2 Uhr und abends von 6 bis 8 Uhr. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Böhrow gewählt. Ferner möchten wir den Kollegen und Kolleginnen empfehlen, etwas mehr Fleiß und Sorgfalt bei der Ausfüllung der Fragekarten zu verwenden. Denn es ist geradezu bedauerlich, daß von über tausend Mitgliedern nur etwas über hundert die Fragekarten ausgefüllt haben. Sollten wirklich einige Kollegen nicht wissen, wie die Karten ausgefüllt werden sollen, so sind Vorstandsmitglieder gern bereit, bei der Ausfüllung behilflich zu sein, auch sich der Arbeitersekretär bereit erklärt, eventuell die Karten selbst auszufüllen, es müssen ihm selbstverständlich die nötigen Angaben richtig gemacht werden. Es liegt also nur an dem guten Willen der Mitglieder, und es wird im nächsten Quartal ein ganz anderes Resultat zu Tage kommen als bisher. Auf den Zweck der Fragekarten näher einzugehen, erübrigt sich wohl, darüber ist im Fachblatt genug geschrieben worden. Weiter möchten wir den Kollegen und Kolleginnen die Broschüre: „Der Crimmitschauer Kampf um den Zehnstundentag“ zur Anschaffung empfehlen. Sie ist beim Vorstehenden Emil Haase, Dessauerstr. 10, für 20 Pf. zu haben. Leider war die Veranmlung nur sehr schwach besucht. Da am 19. Juli der Schützenrummel mit dem üblichen Klimbim begonnen hat, so ist wohl anzunehmen, daß ein Teil der Mitglieder anstatt in die Veranmlung zu kommen es vorgezogen hatte, nach dem Schützenplatz zu gehen; da braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Klagen aus einzelnen Betrieben nicht aufhören. Kollegen und Kolleginnen, wann werdet ihr endlich einsehen, daß wir nur vorwärts kommen, wenn jeder einzelne seine Pflichten tut? Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Mittwoch nach dem 15. eines jeden Monats im Lokal von Otto Schulz, Berliner Straße, statt. Die Reiseunterstützung zahlt jetzt der Vorstehende Emil Haase, Dessauer Straße 10, mittags von 12—1 und abends von 7—8 Uhr aus.

Wülhausen i. C. (Sitzung vom 1. August.) Die Kollegen Gsell und Steimelen gaben den Kartellbericht, Kollege Klingler den Kasfenbericht vom zweiten Quartal. Derselbe wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Wiede hielt einen Vortrag über „Die Aufgaben und Pflichten des Gewerkschaftsartikels“. Derselbe wurde beifällig aufgenommen. Dem Vortrag folgte eine längere Diskussion. Dann folgten Ergänzungswahlen für den Gauvorstand sowie für den Vorstand. In ersterem wurde Kollege Lei gewählt, in letzterem Kollege Alfred Gutmann als zweiter Vorstehender. Dann wurde beschlossen, am 3. September einen Ausflug nach dem Seewen-See und von dort auf den Belchen zu unternehmen. Die Kollegen und Kolleginnen, welche an dem Ausflug sich beteiligen wollen, sind gebeten, sich bei Kollegen Anton Fichtner, Chapal-Durchgang Nr. 4, einzufinden zu lassen. Das Fahrgehalt beträgt 1,50 M. und muß vorher eingezahlt werden. Weiter wurde vom Kollegen Gsell Bericht erlatet über die Agitation im letzten Monat. Es wurde hierbei scharf Kritik an der Faulheit der Mitglieder in der nächsten Sitzung ein Vortrag über die „Lohn- und Befoldungssteuer“ gehalten werden wird.

Neufals a. D. Am 23. Juli fand im „Gasthof zur Eisenbahn“ eine von zirka 800 Personen besuchte Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, in der Herr Frisch-Viegnitz referierte. Wie immer, so wurden auch hier Frisch's Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen. Trotzdem verschiedene Herren aus den Geschäften erschienen waren und in der letzten Zeit sich die Verhältnisse gerade nicht zum Wohle der Arbeiter geändert haben, wurde von seiten des Referenten nichts davon erwähnt. Nun, ein Gauleiter kann nicht allwissend sein; an der Arbeiterschaft ist es, dem Gauleiter die notwendigen Informationen zuzulassen zu lassen, deshalb sei hier das Hauptkündchen der Firma S. D. Gruschwitz & Söhne Herrn Leitern auf den Gedanken gekommen, etwas Großes zu vollbringen, um den Arbeitern zu beweisen, daß auch gelehrte Köpfe bei dieser Firma tätig sind. Da es unmöglich war, auf irgend einer anderen Fläche anzufangen, so mußten die Feinhechler dran glauben. Aber auf was für eine Art und Weise? Eines schönen Tages prunkte am schwarzen Brett ein hübscher weißer, inhaltschwerer Zettel. Es hieß darauf: Vom 8. Juli 1905 an werden folgende Lohnsätze gezahlt: Jetzt: Stanig, gelegt 1,20 M., gehedelt 1,80 M., feinerer Flach 20 Pf. weniger, ganz feinerer Flach 25 Pf. weniger; Arbeiter unter 20 Jahren noch 10 resp. 30 Pf. weniger pro Zentner. Das ist eine Lohnreduzierung, wie sie ihresgleichen sucht. Ein Arbeiter unter 20 Jahren würde mithin 50 Pf. pro Zentner weniger bekommen wie bis dato, das macht auf die Woche 3,50 M. weniger. Früher konnten Arbeiter unter 20 Jahren 12—18 M. pro Woche verdienen, wenn sie guten Flachs hatten, bei schlechtem kamen sie höchstens auf 8,50—9,50 M. Da möchte ich doch jedem Arbeiter unter 20 Jahren raten, sich das Essen abzugeben. Und zum Schluß. Wie verhalten sich die Feinhechler zu dieser Sache? Sie nehmen sie mit einem gewissen Gleichmut hin, als wenn es weiter nichts wäre, trotzdem die Lebensmittelpreise sich immer noch auf der gleichen Stufe halten, wie zur Zeit der Dürre. Arbeiter und Arbeiterinnen, legt euch doch ein einziges Mal die Frage vor: Kann es so weiter gehen? Rafft euch auf und zeigt, daß ihr nicht bloß Ziffern und Zahlen seid, sondern Menschen vom Weibe geboren! Und ihr Frauen und Jungfrauen, wie steht es mit euch? Wollt ihr nicht daran denken, daß wir im 20. Jahrhundert leben? Wollt ihr nicht auch ihr nicht ein bißchen darüber nachdenken, daß eine Arbeitszeit von 11 1/2—12 Stunden eine viel zu lange für ein Weib ist und die Löhne von 5,50—9 M. pro Woche mit dieser Arbeitsdauer nicht im geringsten zusammenpassen? Wollt ihr nicht daran denken, daß ihr Weiber seid, die auf der Welt sind, um kräftige, gesunde Kinder zu gebären? Setzt, daß auch ihr Menschen seid, die den Männern treu zur Seite stehen in Kampf und in Gefahr! Arbeiter und Arbeiterinnen, hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! R.

Reustadt (Ober-Schl.) Am Sonnabend den 29. Juli fand hier eine gutbesuchte öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung im Lokale des „Arbeiter-Kasinos“ statt. Der Bevollmächtigte, Kollege K. Reder, gab zunächst die Abrechnung vom zweiten Quartal 1905 bekannt, die einschließlich des Kasfenbestandes von 99,85 M. vom vorhergehenden Quartal eine Einnahme von 355,45 M. aufweist, der eine Ausgabe von 227,10 M. gegenüberübersteht, so daß ein Bestand von 128,35 M. verbleibt. Die Abrechnung war geprüft und wurde auf Antrag des Kollegen Kirck

dem Kassierer durch Erheben von den Plätzen Entlastung erteilt. Hierauf erhielt Gauleiter Kollege Frisch das Wort zu seiner Berichterstattung als Delegierter dem Gewerkschafts-Kongress zu Aöln und dem Internationalen Textilarbeiterkongress zu Mailand. In zweifelhafte, hochinteressanten Ausführungen fesselte Redner an der Hand der einzelnen Verhandlungspunkte die Aufmerksamkeit der Anwesenden, wofür ihm am Schlusse reichlicher Beifall zu teil wurde. In der Diskussion sprachen die Kollegen Schindler, May und Reder im Sinne des Referenten und ermahnten zu freiem Zusammenhalten und Anschluß an die Organisation. In seinem Schlußwort betonte Kollege Frisch den Aufschwung der deutschen freien Gewerkschaften und wies die unbestreitbare Notwendigkeit des Anschlusses jedes einzelnen Textilarbeiters an den Deutschen Textilarbeiterverband in schlagender Weise nach. Wehe dem, der nicht organisiert sei, das Unternehmertum frage nicht danach, es sperre sämtliche Arbeiter aus, wenn sie nicht willfährig genug seien. Unter „Verschiedenes“ schilderte sodann Kollege Hanisch in längeren Ausführungen den Werdegang der Neustädter Arbeiterbewegung und hob hervor, daß dieselbe schon den verschiedensten Schwankungen ausgesetzt war und nun aber endlich eine feste Aufwärtsbewegung zu machen verspreche.

Reichenau (Sachsen). Am 15. Juli hielten wir unsere Monatsversammlung ab, welche sehr mäßig besucht war. Dem Kasfenbericht vom 2. Quartal sei folgendes entnommen. Die Einnahmen betragen 387,24 M. und die Ausgaben 281,08 M., bleibt ein Kasfenbestand von 106,16 M. Geprüft und für richtig befunden wurde die Kasfe von den Kollegen Heinrich Knothe, Edmund Blumrich und Gustav Herwig. Auf Antrag wurde den Revisoren und dem Kassierer Entlastung erteilt. Es sollte auch Freitag den 21. Juli eine öffentliche Veranmlung mit dem Kollegen Albin Reichelt aus Chemnitz stattfinden. Eine andere Zahlstelle der Oberlausitz sollte sich uns anschließen. Leider wurde aber die Sache von dort so falsch ausgeführt, daß wir an dem betreffenden Abend keinen Referenten hatten. Die hiesigen Kollegen trifft keine Schuld, denn sie hatten alles genau geregelt, belamen aber erst den Abend zuvor Nachricht, daß aus verschiedenen Gründen Reichelt von einer Veranmlung absehen mußte. Reichelt besorgte uns einen Redner aus Dresden, der aber nicht kam. In Zukunft möchten solche Vorkommnisse unterbleiben, denn außer einer Masse Gelblosen bringen sie uns nur den Spott unserer Gegner ein. Zum Schluß machen wir noch bekannt, daß unser nächster Jahlabend Sonnabend den 19. August, abends 1/9 Uhr, stattfindet.

Reutlingen. Wenn man den äußerst zahlreichen Besuch der am 16. Juli in Redartenzlingen im Gasthof „Zum Rab“ tagenden öffentlichen Textilarbeiterversammlung gesehen und die Begeisterung wahrgenommen hat, welche die Kopf an Kopf gedrängten Versammlungsbesucher beiderlei Geschlechts während des vorzüglichen Referats des Kollegen Krähig beherrschte, so kann man wohl mit Frey und Recht behaupten, „unter den Redartenzlinger Textilarbeitern hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß sie auf dem bisherigen jeder Organisation sich abneigenden Standpunkt nicht stehen bleiben können, sondern daß sie eine geschlossene Phalanx bilden müssen, um ihre prekäre Lebenslage einigermaßen verbessern zu können“. Die immerwährenden Schikanierungen und fortgesetzten Lohnreduzierungen, welchen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Melchior & Co. ausgesetzt waren, hatten diese Arbeiter veranlaßt, eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung abzuhalten, in welcher alle in genanntem Betriebe herrschenden Mißstände besprochen werden und Kollege Krähig referieren sollte. Kollege Krähig erlebte sich seiner Aufgabe in ausgezeichneter Weise. In seinem stark 1 1/2 stündigen Referat: „Die kulturelle Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiterklasse“ beleuchtete Redner zunächst die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der württembergischen Textilarbeiter. Er habe sich die Lebensverhältnisse dieser Arbeiter bedeutend besser vorgestellt. Man spreche hier mit Vorliebe über das Weberelend in Schlesien, aber offenbar nur, um die rheinischen Textilarbeiter über ihr eignes Elend hinwegzutäuschen, denn die Lebensverhältnisse der hiesigen Textilarbeiter stehen in manchen Beziehungen auf einer noch tieferen Stufe als diejenigen der schlesischen Textilarbeiter. Die Löhne der Weber in Württemberg seien auf manche Artikel niedriger, als die Löhne auf den gleichen Artikel in Schlesien, zudem müsse noch in Betracht gezogen werden, daß die Haushaltungskosten einer schlesischen Weberfamilie infolge billigerer Einkaufsgelegenheit speziell in Nahrungsmitteln bedeutend niedriger seien als diejenigen in Württemberg. Angefichts dieser Tatsachen sei es wohl an der Zeit, wenn sich die württembergischen Textilarbeiter ermannen würden, ihrer Organisation beizutreten, um sich durch dieselbe bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Zumal jetzt, wo allenthalben ein ausgezeichneter Geschäftsgang zu verzeichnen sei, sei jedem Arbeiter die beste Gelegenheit geboten, sich zu organisieren. Die meisten Spinnereien seien bis Anfang nächsten Jahres mit Aufträgen überhäuft. England habe 500 000 neue Spindeln und 10 000 neue Webstühle aufgestellt. Ein sehr großer Teil der Arbeiter habe dies auch eingesehen und immer größer werde die Zahl derjenigen, welche sich der Organisation anschließen und sich durch dieselbe eine bessere und gesicherte Existenz zu erkämpfen. Aber diesen Bestrebungen steht man in höheren Kreisen speziell in Fabrikantentreisen feindlich gegenüber, hier gilt mehr denn je das Wort des Professors Hase: „Das Volk muß rüchständig erzogen werden“. Je rüchständiger das Volk, um so leichter ist es auszubilden. In seinen weiteren Ausführungen kommt Redner auch auf die Frauenarbeit zu sprechen. Rund 13 000 verheiratete Frauen sind nur allein in der Textilindustrie beschäftigt. Welch ein ungeheures Maß von Not, Verdruß, Kummer und Elend birgt diese Zahl in sich? Die Frau, welche sich hauptsächlich der Kindererziehung widmen sollte, welche hauptsächlich dazu beitragen sollte, die zukünftige Generation auf eine höhere Kulturstufe zu bringen, sie ist gezwungen, von früh bis in die späte Nacht hinein am Webstuhl zu arbeiten, um dem Manne behilflich zu sein, sich und die Seinen notwendig durch's Leben zu bringen. Mit dem Inkrafttreten der Handelsverträge werde sich die Lage der Textilarbeiter noch um ein Erhebliches ungünstiger gestalten, als dies jetzt der Fall ist. Habe doch sogar ein bürgerliches Blatt im Norden Deutschlands vor kurzem zugegeben, daß einzelne Betriebe der Textilindustrie ihre Arbeiter nicht vollaus beschäftigen können und daß hauptsächlich, dank der weissen Zollpolitik unserer Regierung, die notwendige Nahrungsmittel im Preise rapid in die Höhe geschwollen sind. Fleisch sei für die Arbeiter zum Lederbissen geworden. Dieses Blatt tröstet sich aber leider mit der Tatsache, daß die Heringe dieses Jahr enorm billig sind. Der Arbeiter habe wenigstens die Gelegenheit, um billiges Geld größere Quanten Heringe mit Pfefferkörnern zu vertilgen, ergo: „Wo die Not am größten, dort ist der Hering am nächsten.“ Was braucht auch der Arbeiter Ochsenfleisch zu verzehren, sein Magen läßt sich schließlich doch nicht vertragen. Des weiteren kommt Redner noch auf die im deutschen Volke immer mehr und mehr zutage tretende Unterernährung zu sprechen und beruft sich hierbei auf Dr. Goldstein-Berlin und auf die Korrespondenz des Arbeitsmarktes. Zum Schluß seines Referats beleuchtet Redner die traurigen Verhältnisse der Textilarbeiter von Redartenzlingen und fordert dieselben auf, der Sache treu zu bleiben und weiter zu kämpfen für bessere Existenzbedingungen. Eine vom Redner in diesem Sinne vorgetragene Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. In der am 17. Juli abgehaltenen Familienversammlung in der Kollege Krähig ebenfalls anwesend und die von 300 Personen beiderlei Geschlechts besucht war, wurden folgende Anträge an die Firma Melchior & Co. gestellt: 1. Abschaffung des Prämien-

System und Zuschlag des in der Prämie enthaltenen Lohnes zu dem Endlohn inklusive der schon gezahlten Procente. 2. Für die in der Spinnerei sowie sonst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen 15 Proz. Lohnherhöhung. 3. Die Schaffung der Einrichtung, welche es den Arbeiterinnen im Drosselstade ermöglicht, die abgelieferte und zur Lohnberechnung gelangende Arbeitsmenge zu kontrollieren. 4. Für Warten auf Reparaturen oder Arbeitsmaterial, bei den Webern pro Stuhl und Stunde, bei den andern Arbeitern pro Stunde eine dem Durchschnittslohn entsprechende Entschädigung zu gewähren. 5. Die effektive Arbeitszeit auf zehn Stunden festzusetzen und die dadurch freigewordene erste Stunde zur Einführung folgender Pausen zu bestimmen: a) von 8 Uhr bis 8 25 Uhr vormittags Frühstückspause; b) von 3 35 Uhr bis 4 Uhr nachmittags Vesperpause; c) Je 5 Minuten vor Schluss der Arbeit am Mittag und Abend zum Waschen und Ankleiden. Auch in dieser Versammlung herrschte die größte Begeisterung, und wenn die Forderung für die äußerst human gestellten Forderungen der Arbeiter nur einigermaßen etwas Verständnis an den Tag legt, so dürfte der gewünschte Erfolg nicht ausbleiben, umso mehr, als die Arbeiter entschlossen sind, in einmütiger Zusammenkunft ihre Forderungen durchzusetzen.

Kath. Samstag den 28. Juli, abends 8 Uhr, fand im Saale des Herrn Valentini eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, welche gut besucht war. Fräulein Helene Grünberg, Arbeitersekretärin, und Gauleiter Kollege Brüggenmann aus Nürnberg sprachen über das Thema: „Warum organisieren wir uns und welcher Organisation sollen wir angehören?“ In 1 1/2 stündigem Vortrag schilderte Fräulein Grünberg die Entstehung der modernen freien Gewerkschaften, ihre Leiden und ihre Entwicklung bis zum heutigen Jahre. Am Schlusse forderte sie sämtliche anwesenden Kollegen und Kolleginnen auf, dem Deutschen Textilarbeiterverbande beizutreten, weil bloß durch die freien Gewerkschaften die traurige Lage der Arbeiter gebessert werden könne, dagegen von Seiten der Hirsche-Dundonianer und Christlichen nichts zu hoffen sei. Reicher Beifall wurde Fräulein Grünberg am Schlusse gezollt. Als erster Redner zur Diskussion meldete sich der „Hirsch“ Wälinger. Er meinte, der Gewerkschaften wäre jetzt so stark, daß ihm die freien Gewerkschaften nicht mehr auf die Fersen treten könnten. Als zweiter Redner trat der Bezirksleiter der „Hirsche“, Hilbmann, auf, der mit einer wahren Flut von Unrichtigkeiten auftrat. Nebenher gingen persönliche Berührungspunkte des Kartellvorstehenden Heinlein und des Gauleiters Brüggenmann. Beide rechneten aber gründlich mit ihm ab. Wegen vorgerückter Zeit konnten verschiedene Kollegen zur Diskussion nicht mehr zugelassen werden, und Fräulein Grünberg erhielt das Schlußwort. Sie beleuchtete hauptsächlich die Stiebersche Drahtfabrik, wo Bestrafungen der Arbeiterinnen von 5 Pf. bis 2 Mk. vorkommen. Sie tadelt auch, daß der Kollege Heinlein gekündigt wurde, weil ihr Mann den Hirschearbeiterstreik geleitet hat. Natürlich hat Heinlein selber, der bei Schlemmer arbeitete, auch seine Arbeit eingebüßt, doch hat er wieder andere. Als der Vogel ausgeflogen war, besserte Herr Schlemmer sofort freiwillig den Lohn um 1 bis 2 Pf. für das Alfo Gelpinnst auf, was im Durchschnitt bei jedem Spinner 80 Pf. bis 1,40 Mk. pro Woche mehr ausmacht. Gewiß ein gutes Resultat, wenn es auch Opfer kostete. — Darum, Textilarbeiter von Kath, werbt unablässig neue Mitglieder für unseren Verband, dem Arbeiter zum Schutz, dem Arbeitgeber zum Trug. Joh. S.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In der Baumwollindustrie Lancashire droht wieder ein Ausstand auszubrechen. Die Arbeiter haben eine Vohnerhöhung von 5 Proz. gefordert und falls sie nicht gewährt wird, mit Niederlegung der Arbeit am 16. August gedroht. Zu dieser Entscheidung waren die Arbeiter gelangt, nachdem die Vereinigung der Unternehmer die Forderung einer sofortigen Lohnherhöhung abgelehnt hatte. Auch die Bevollmächtigten der Amalgamation of Cotton Operatives Associations sind in Manchester versammelt gewesen, um darüber abzustimmen, ob der Streik angehängt werden solle. In dieser Zusammenkunft waren nahezu 19 000 Spinner vertreten; es wurde einstimmig beschlossen, in den in Betracht kommenden Distrikten am 26., 27., 28. und 29. Juli eine hierauf bezügliche Abstimmung vornehmen zu lassen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß nach den Statuten der Gewerkschaften ein Ausstand nur beschlossen werden kann, wenn der Fünftel aller Beteiligten sich dafür erklären. Es dürfte sich die erforderliche Anzahl der Mitglieder für den Streik entscheiden haben.

In Noanne (Frankreich) sind 350 Färbereiarbeiter wegen Verweigerung einer Lohnherhöhung in den Ausstand getreten.

Soziales.

Interessant ist ein Urteil des Reichsversicherungsamtes, das kürzlich in der Unfallsache eines Schlossers aus Chemnitz gefällt worden ist. Es handelte sich um verhältnismäßig geringe Unfallsfolgen; um die Verkürzung des linken Mittelfingers um ein Glied und um die Quetschung des Nagelgliedes des linken Zeigefingers. Die dem Unfallschaden gewährte Teilrente von 15 Proz. war durch Beschuldigung eingezogen und die dagegen erhobene Berufung vom Schiedsgericht Chemnitz verworfen worden. Das Urteil war in der Hauptsache begründet durch das Gutachten des schiedsgerichtlichen Vertrauensarztes, der u. a. Gewöhnung an die Unfallsfolgen festgestellt hatte. Der Rentenkäger legte Neurus beim Reichsversicherungsamt ein und schaute nicht die Unkosten, um den zwei Verhandlungen dort beizuwohnen. Hier wurde eine gerichtliche Inaugenscheinnahme vorgenommen, die ausschlaggebend für das Urteil war, durch das die verpflichtete Berufsgenossenschaft zur Weitergewährung einer 10prozentigen Rente und Erstattung der außergerichtlichen Kosten im Betrage von 25 Mark an den Kläger verurteilt wurde. In der Urteilsbegründung wird u. a. gesagt: „Wenigstens auch nach der Ueberzeugung des Renturgerichts eine steigende Besserung eingetreten ist, so ist doch immerhin noch nicht eine Wiederherstellung von den Unfallsfolgen in der Art eingetreten, daß angenommen werden könnte, daß die noch zurückgebliebenen Nachteile nur unwesentliche, auf die Erwerbsfähigkeit keinen merklichen Einfluß ausübende seien.“

Gerichtliches.

Sammlung für die Streitenden in einer Aneipe — öffentliche Kollekte. Der Ferien-Strassenrat des preussischen Kammergerichts ein Urteil gefällt, das einem Bruch mit der ständigen Praxis des Strassenrats gleichkommt. Der Arbeiter Schmidt zu Dortmund hatte in einer dortigen Stiebershalle auf eine Liste freiwillige Beiträge für die Streitenden Bergleute gesammelt. Er wurde darauf wegen Uebertretung der für den Regierungsbezirk Arnsberg erlassenen Volkshilfsverordnung vom 27. Mai 1898 angeklagt, wonach öffentliche Kollekten der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürfen. Es handelt sich um eine der in allen Regierungsbezirken beziehungsweise Provinzen des Königreichs Preußen erlassenen Verordnungen. Natürlich hatte S. für keine Sammlung keine obrigkeitliche Genehmigung. Das Landgericht Dortmund als Berufungsinstanz betraute ihn auch wegen Veranlassung eines nicht genehmigten Kollekte zu einer Geldstrafe. Der Angeklagte legte Protest ein und machte unrichtige Anwendung der genannten Regierungsverordnung geltend. Nach der Praxis des Kammergerichts können

nur öffentliche Hauskollekten, nur Sammlungen von Haus zu Haus, von einer Genehmigung abhängig gemacht werden. Um eine Hauskollekte in dem Sinne handle es sich hier aber nicht, sondern lediglich um eine Sammlung in einer Gastwirtschaft. — Der Ferien-Strassenrat des Kammergerichts verwarf indessen am 26. Juli die Revision des Angeklagten und führte begründend aus: Die Feststellung des Landgerichts, wonach S. zu Dortmund ohne Genehmigung eine öffentliche Kollekte veranstaltet habe, sei nicht zu beanstanden. Es sei allerdings richtig, daß eine öffentliche Kollekte, um der Genehmigung zu bedürfen, eine Hauskollekte sein müsse. Indessen habe der Vorberichter doch auch festgestellt, daß Angeklagter eine Hauskollekte veranstaltet habe, denn er sei ja in das Haus hineingegangen, um in der Stiebershalle die Beiträge zu sammeln, wobei er auf die einzelnen Gäste persönlich eingewirkt habe. Somit sei die Revision zu verwerfen. Was hier der Ferienrat als eine Hauskollekte ansieht, ist nach der bisherigen Praxis des Kammergerichts noch keine Hauskollekte im Sinne der den Kollektenvorschriften zu Grunde liegenden Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts. Der Strassenrat verstoht vielmehr seit einer ganzen Reihe von Jahren darunter ein Gehen von Haus zu Haus, während hier doch nur festgestellt ist, daß S. in ein Haus hineingegangen ist. Nach der früheren Spruchpraxis des Kammergerichts kommt eine öffentliche Kollekte aber erst zustande, wenn zum Zweck des Sammelns mehrere Häuser betreten werden. Die Kollekte wird aber nicht dadurch zur öffentlichen, daß sie in Häusern vorgenommen wird, sondern dadurch, daß sie durch das Ueberpringen von einem Hause zum andern den Charakter der Nichtöffentlichkeit verliert und den der Öffentlichkeit annimmt. Anders sind die früheren Entscheidungen des Kammergerichts nicht aufzufassen. Dann ist aber die obengenannte nicht aufrecht zu erhalten.

Bermischtes.

Gesundheit und Leben durch die Gewerkschaft. Ein glänzendes Zeugnis für die gewerkschaftliche Arbeit befindet sich in dem Berichte der amerikanischen Medizinischen Gesellschaft, in dem sich folgende Stelle befindet: „Die amerikanische Zigarrengewerkschaft hatte im Jahre 1888 den Arbeitgebern wesentlich verkürzte Arbeitszeit, höhere Löhne, sanitäre Einrichtungen in den Werkstätten sowie größere Unabhängigkeit und bessere Behandlung abgerungen und innerhalb der Organisation allseitig erfolgreich auf Bildungs- und Lebensverhältnisse eingewirkt. Während die Sterbeziffer im Jahre 1888 bei Erkrankungen der Zigarrenarbeiter an Lungentuberkulose 51 Prozent betrug, ist sie seitdem bis 24 Prozent heruntergebracht und das durchschnittliche Lebensalter aller Beteiligten hat sich von 31 auf 47 Jahre gehoben.“ — Ein treffender Beweis für den großen Wert der Gewerkschaften läßt wohl kaum mehr erbringen.

Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Aus. Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die Adresse des Kollegen Karl August Knobloch, geboren den 19. Dezember 1865 zu Steinbrunn, Wilmshof, Stammnummer 173666, an den Bevollmächtigten Hugo Reichsner, Aue im Erzgeb., zu schicken.

Guben. Die nächste Monatsversammlung findet Sonnabend den 19. d. M. abends 8 Uhr bei Wähler (Feldstraße) statt.

Helmrechts. Vorsitzender ist Christian Leupold, Helmrechts, Bahnhofstr. 275. Kassierer ist Hans Diegel, Bauergasse 64/65. Derselbe zahlt Reiseunterstützung abends von 7—8 Uhr sowie auch Krankenunterstützung aus.

Möhlungen. Vorsitzender ist jetzt Joseph Saur, an welchen sämtliche Zuschriften zu richten sind.

Versammlungskalender.

Versammlungen des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter.

- Worf. Mittwoch den 16. August im „Feldschlößchen“.
- Augsburg. Sonnabend den 19. August im „Röhlergarten“.
- Berga. Sonnabend den 19. August.
- Berlin IV. Stiebereibranche. Siehe Annonce.
- Burgstädt. Freitag den 18. August in der „Flotte“.
- Chemnitz. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, im „Schützenhaus“.
- Duisburg. Sonnabend den 19. August, abends 8 Uhr, bei Rüpper (Neudorfer Lohhalle).
- Dülken. Sonntag den 20. August, vormittags 11 Uhr, bei Seibel, Stiebtener Straße.
- Düsseldorf. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstraße 8, Saal 3.
- Ellenburg. Freitag den 18. August, im „Landstreich“, Steinstraße 5.
- Eisenach. Sonnabend den 19. August, in der „Frankfurter Bierhalle“.
- Elberich. Sonnabend den 19. August.
- Finstertal. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr.
- Forsheim. Sonnabend den 19. August, abends 8 Uhr, bei Marx, Wiesenstraße 6.
- Frankenberg. Sonnabend den 19. August, im „Stadtpark“ (Oberzimmer).
- Frankfurt a. M. Sonnabend den 19. August im „Gewerkschaftshaus“.
- Glauchau. Sonnabend den 19. August, abends 9 Uhr, im „Weißen Hof“.
- Großschwarz. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, bei Stephan.
- Hannover-Blinden. Sonnabend den 19. August, abends 8 Uhr, bei Korte, Linden, Pavillonstraße 2.
- Hof. Sonnabend den 19. August.
- Hildesheim. Donnerstag den 19. August, abends 8 Uhr, bei Wwe. von Wohlheim.
- Kaiserslautern. Sonnabend den 19. August, abends 9 Uhr, im „Freien Sängersheim“.
- Kempten. Unsere Versammlungen finden nicht mehr im „Goldnen Hof“, sondern im „Goldnen Kreuz“ statt.
- Kauban. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Breitelstraße.
- Mühlhausen i. Ell. Mittwoch den 16. August, bei Uttwiler, Dornacher Straße.
- München. Sonnabend den 19. August, im „Aelken Bauer“, Urulstraße 6.
- Neumünster. Sonnabend den 19. August im „Elysum“.
- Nürnberg. Sonnabend den 19. August im „Markt-Beheim“, Theresienstraße.
- Oberhausen. Sonnabend den 19. August bei Gerhard Weib.
- Rixdorf. Sonnabend den 19. August bei Rüpper, Reichenstr. 81.
- Schneeberg. Sonntag den 20. August, nachmittags 4 Uhr, in der „Erholung“.
- Stralsund-Kümmelberg. Sonnabend den 19. August, abends 8 Uhr, bei Heine, Hauptstraße 4.
- Stuttgart. Sonnabend den 19. August, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 2.
- Waldau. Sonnabend den 19. August, abends 8 Uhr, im „Waldschloß“.
- Wetzlar. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, im „Reichensheim“, Thalstraße 10.
- Wien. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, im „Bellerophon“, Dorotheengasse 10.
- Wittenberg. Sonntag den 20. August in der „Buche“.

Zinna. Donnerstag den 17. August, abends 8 Uhr, bei Otto Feinig.

Zwickau. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, im „Brauereischlößchen“.

Zwölgen. Sonnabend den 19. August, abends 8 Uhr, in Hartmanns Gasthaus.

Sonstige Zusammenkünfte.

Aue. Sonntag den 20. August, vormittags halb 11 Uhr, im „Gambirius“, Zehntag.

Kamenz i. Sa. Sonnabend den 19. August, Zehntag.

Melchental. Sonnabend den 19. August, abends halb 9 Uhr, im „Hirsch“, Zehntag.

Erfahrungen aller in allen Versammlungen notwendig.

Quittung.

Zur Weiterbeförderung für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen in Glauchau-Meerane von einer Rindkaufe in Mitteldorf bei Stolberg 4,45 Mk. erhalten.

Briefkasten.

M. A., Rappent. Das Inserat kostet 3 Mk.

Berichtigung. Weil wir in Nr. 31 des „Textilarbeiters“ unter den Filialen aufgeführt worden sind, welche ihre Beiträge für das zweite Quartal 1905 noch nicht eingekandt haben, so konstatieren wir hiermit, daß wir am 8. Juli unsere Abrechnung nach Berlin geschickt und am 12. Juli Antwort von G. Treue bekommen haben, daß er Geld und Abrechnung erhalten.

Neuwerz, den 5. August 1905.

Der Bevollmächtigte: Heinrich Böven

Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an Julius Wermann, Chemnitz-Rappel, Bogtstraße 20 G, zu richten.

Berlin IV. Stiebereibranche.

Mittwoch, 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen W. H. Brühl über: „Das Recht im gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnis“. 2. Diskussion. 3. Kassierangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß jeder, der länger als 6 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, ohne daß derselbe gestundet ist, im Arbeitsnachweis als Nichtmitglied behandelt wird. Der betr. Beschluß, siehe „Textilarbeiter“ Nr. 80, Versammlungsbericht, tritt mit dem 15. August in Kraft.

Der Vorstand.

Oberheim. Oberheim.

Am 21. August d. J. (Montag), nachmittags 1 Uhr, findet in der Wirtschaft Karl Meier für die Mitglieder des hiesigen Textilarbeiterverbandes ein Vergütungsfest statt. Es besteht in Essen, Musik und Tanz, wozu alle Mitglieder herzlich eingeladen sind.

Der Vorstand.

Ohne Eintrittskarte keinen Zutritt!

Bierjen. Bierjen.

Werde Kollegen! Die Filiale Aue hat beabsichtigt, am Sonntag den 13. d. Mts. einen Ausflug nach Lobberitz an der Elbe zu machen, und zwar soll damit der doppelte Zweck verbunden werden, erstens den Mitgliedern einen vergnügten Tag zu machen und zweitens den Vereinskassier der Lobberitzer Filiale, Kestner, zu unterstützen, eine Unterfertigung, die derselbe in Anbetracht der kassierten Verhältnisse, unter denen er der Arbeiterbewegung sein Sozial zur Verfügung stellt, wohl verdient. Gerade wegen dieses letzten Zweckes wäre es nun, um einen möglichst zahlreichen Besuch zu erzielen, wünschenswert, wenn unsere Kollegen sich zahlreich beteiligen würden. Der Ausflug findet Sonntag den 13. d. Mts. Punkt 12 Uhr aber Pöhlen statt. Zur Deckung der Tageskosten für Musik usw. werden jedem Teilnehmer Karten, die zugleich als Legitimation dienen, à 10 Pf. verkauft.

Der Vorstand der Filiale Bierjen.

J. U.; Heinrich Dachauer, Schriftführer.

Eine in Gdner, gesunder Gegend des badischen Schwarzwalbes gelegene Tuchfabrik sucht Arbeiterinnen, insbesondere Sektoren-Spinnerinnen und Andreherrinnen, sowie Sektorenweberrinnen für dauernde, gut bezahlte Arbeit. Reisegeld wird vergütet.

Offerten befördert die Exped. d. Bl. unter J. M. N. 1354.

Verbandskollegen, welche den Vertrieb meiner Zigaretten in Fabriken, Vereinen u. dergleichen wollen, überall gesucht. Mutter 1 Mk. gegen Voranmeldung in Marken.

Emil Scheibe, Hartmannsdorf b. Chemnitz.

Widerruf.

Wir, die Unterzeichneten, nehmen hiermit die Behauptung, daß Herr Panzer mit 500 Mk. Bankrott gemacht hat, als vollständig unbegründet zurück.

Rappent, den 3. August 1905.

Dr. Albrecht. R. Rauber. Friedrich Reiber.

Deutsche proletarische Roland-Fahrräder und Motorräder auf Wunsch auf Teilzahlung

Anzahlung bei Fahrradern 20-30 Mk. Anzahlung 7-10 Mk. monatlich. Bei Barzahlung liefern wir schon von 50 Mk. an. Fahrradzubehör sehr billig. Man verlange Katalog umsonst.

Roland-Maschinen-Gesellschaft in Gdm. 888.



Wormen. Verbandsmitglied Willy Sig. — Schwindhüt. Stierhof. Am 8. August Verbandsmitglied Johann Geuf, 64 Jahre alt. — Salgeschwulst.

Ober ihrem Angebenden!

Inhalt (Saugblatt): Wälder des Zentralverbandes. — Streitigkeiten. — Aus dem Arbeitsnachweis. — Mitteilungen aus Gaststätten. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. — Sozial. — Gerichtliches. — Bermischtes. — Verbands-Mitteilungen. — Versammlungskalender. — Quittung. — Briefkasten. — Inserate. — Lotterien. — (Beilage): Aus dem Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1904. — Die Lage der Textilarbeiter- und Arbeiterinnen in Düsseldorf. — Mitteilungen aus Gaststätten.

Verleger: Clemens Wewel, Dablin. — Redakteur: Paul Wagner, Chemnitz. — Druck: Jambon & Co., Chemnitz.

Siehe eine Beilage.

Beilage zu Nr. 32 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 11. August 1905.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1904.

Zum 20. Mal veröffentlicht das Reichsversicherungsamt seinen Geschäftsbericht, in welchem die vorläufigen Ziffern der Statistik der Unfall- und Invalidenversicherung von 1904 enthalten und behandelt sind.

Das Amt benötigt zur Fertigstellung seiner umfangreichen Arbeiten ein ganzes Heer von Beamten, deren zurzeit außer dem Präsidenten, 2 Direktoren, 22 Senatsvorsitzenden und 33 sonstigen ständigen Mitgliedern, sowie 10 höheren Beamten als kommissarischen Hilfsarbeitern insgesamt 298 Funktionäre beschäftigt sind. Vom Bundesrat sind 6 nichtständige Mitglieder in das Reichsversicherungsamt gewählt, als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten gehören dem Amt je 106, zusammen 212 Mitglieder an; die Zahl der richterlichen Beisitzer und Hilfsrichter ist auf 80 angewachsen.

Die Haupttätigkeit des Amtes erstreckt sich auf die beiden Gebiete der Unfallversicherung und der Invalidenversicherung.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung bestanden im Jahre 1904 insgesamt 114 Berufsgenossenschaften, (66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche) mit 5251382 Beiträgen und 18655555 versicherten Personen. Ferner bestanden 503 Ausführungsbehörden mit 800867 versicherten Personen.

Hierzu waren fast 19 1/2 Millionen Personen gegen Unfall versichert, wozu noch die bei den 14 Versicherungsanstalten der Bau-, Gewerkschafts-, Berufs-, Berufs-, Berufs- und See-Berufsgenossenschaft Versicherten kommen.

Im Jahre 1904 betrug nach einer vorläufigen Ermittlung die Zahl aller bei den Berufsgenossenschaften, Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden zur Anmeldung gelangten Unfälle 582648, wovon 138562 erstmals entschädigt wurden. Die im Jahre 1904 gezahlten Entschädigungen (Renten usw.) beliefen sich auf 126768168 M. (Vorjahr 117246500 M.), welche an 758302 Verletzte, 65503 Witwen (und Witwer) Geldbezieher, 97246 Kinder und Entel Geldbezieher und 3647 Verwandte der aufsteigenden Linie Geldbezieher gezahlt wurden; daneben erhielten ferner im Jahre 1904 14587 Ehefrauen, 32342 Kinder und Entel und 287 Angehörige als Angehörige von Verletzten, welche in Heilanstalten untergebracht waren, die gesetzlichen Unterhaltungen.

Bzüglich der Uebernahme des Selbstverfahrens während der ersten 13 Wochen durch die Berufsgenossenschaften gemäß § 76 c des Krankenversicherungsgesetzes teilt der Bericht die Ergebnisse für die Jahre 1901 bis 1903 mit.

Diese sind so günstig, daß es Pflicht der Berufsgenossenschaften ist, auf dieser Bahn fortzufahren, um dadurch den Verletzten zu baldiger Heilung zu verhelfen, zumal der Kostenaufwand hierfür kein sehr hoher ist. Verschiedene Berufsgenossenschaften haben im Berichtsjahre eine eingehende Umänderung ihrer fester erlassenen Unfallverhütungsvorschriften vorgenommen; einige haben Bestimmungen aufgenommen, nach denen fremdsprachige Arbeiter in den Betrieben nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn sie genügend deutsch verstehen und sprechen können, um mündliche Anweisungen ihrer deutschen Vorgesetzten und Mitteilungen ihrer Mitarbeiter richtig aufzufassen, und um die in deutscher Sprache erlassenen Unfallverhütungsvorschriften zu verstehen.

Die Anstellung technischer Aufsichtsbekannt zur Ueberwachung der Betriebe hat weiteren Fortgang genommen. Es sind jetzt 250 Aufsichtsbekannt in 59 Berufsgenossenschaften angestellt. Trotzdem das Reichsversicherungsamt weiß, wie dringend nötig diese Beamten sind, um der erschreckend hohen Zahl von Unfällen entgegenzuwirken, hat es zugelassen, daß 180 dieser Beamten gleichzeitig als Rechnungsbeamte fungieren dürfen, wodurch ohne Zweifel der Hauptzweck, die Kontrolle der Betriebe, leidet.

Von größeren Betriebsunternehmern und einigen Textil-Berufsgenossenschaften ist seit Jahren angestrebt worden, die Klitzsch- und Plattenfabriken den Textilberufsgenossenschaften zuzuteilen; sie scheiden mit 1. Januar 1905 aus der Bekleidungsindustrie aus, und werden den Textilberufsgenossenschaften zugeordnet. Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts hatte sich, wie schon im Jahre 1903, auch im Berichtsjahre mit neu auftauchenden Fragen grundsätzlicher Natur zu befassen. Die wichtigeren Entscheidungen beziehen sich insbesondere auf die Frage, ob ein Unfall bei dem Betrieb vorliegt, auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem festgestellten Leiden und der Unfallverletzung, die Versicherungspflicht der Verletzten, die Berechnung des Rentenbetrags zu Grunde zu legenden Jahresarbeitsverdienstes, die Bemessung des Grades der Erwerbsunfähigkeit u. a. m.

Einige Entscheidungen, namentlich solche des erweiterten Senats, seien hervorgehoben:

Entschädigungsansprüche aus Unfällen, die bei bewußtem Zuhilfenahme gegen ein gesetzlich durchgeführtes Verbot eingetreten sind, setzen den unbedingt sicheren Nachweis voraus, daß die unfallbringende Tätigkeit dem Betrieb gedient hat. Das Verlassen eines zur Jurisdiktion eines angehörligen Betriebswegs benutzten Wagens einer elektrischen Straßenbahn durch Abpringen während voller Fahrt ist als eine „nicht ordnungsmäßige“ Benutzung angesehen und deshalb für geeignet erachtet worden, den Zusammenhang mit dem Betrieb zu lösen. Das gleiche gilt bei angemessener Ausführung einer Reise, zu welcher der Verletzte von seinem Arbeitgeber herangezogen war. Der brüchige Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Betrieb fehlt, wenn der Versicherte sich von der Betriebsstätte zeitweise entfernt, um Schutz vor den Unbilden der Witterung (Blitzgefahr) zu suchen und dabei verunglückt. (Demnach soll sich also der Versicherte lieber vom Blitz erschlagen lassen, damit bei ev. Unfall ja nicht der „örtliche Zusammenhang“ gefehlt hat.) Die wichtige neue Vorschrift des § 3 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, durch welche die Versicherung auf häusliche und andere Dienste erstreckt worden ist, zu denen versicherte Personen neben der Beschäftigung im Betrieb von ihren Arbeitgebern herangezogen werden, ist mehrfach Gegenstand grundsätzlicher Entscheidungen gewesen. Eine Person, die zu dem Betriebsunternehmer in verwandtschaftlicher Beziehung steht, kann ebenso wie eine andere zu vorübergehender Dienstleistung angenommene Person aus einem Unfall Ansprüche herleiten, falls aus ihrer sozialen Stellung zu schließen ist, daß es sich nicht nur um eine aus Liebhaberei vorgenommene Beschäftigung, sondern um eine ernst gemeinte Verwertung der eignen Arbeitskraft in der Landwirtschaft handelt.

Bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes auf Grund des § 10 Abs. 3 Satz 2 des G. U. V. G. ist der gesamte Arbeitslohn zu berücksichtigen, den der Verletzte während des letzten Jahres vor dem Unfall verdient hat, auch derjenige, welcher erworben ist durch Arbeiten außerhalb des Betriebes, in dem sich der Unfall ereignet hat. Ist der Jahresarbeitsverdienst durch regelmäßig gewordenen Entscheidungen einmal in bestimmter Höhe festgestellt worden, so kann auf dieser Festlegung weder in einem Verfahren nach § 88 des G. U. V. G. noch bei einer anderweitigen Festlegung der Ent-

schädigung nach Beendigung eines neuen Selbstverfahrens etwas geändert werden.

Einem Arbeiter, der in einem bestimmten Beruf ausgebildet ist und in diesem bisher tätig war, kann nicht zugemutet werden, im Falle einer Verletzung, durch welche er in dieser bisherigen Berufstätigkeit in geringerem Maße behindert wird, um der Möglichkeit willen, in einem andern, vielleicht seinen Fähigkeiten wenig entsprechenden Beruf etwas mehr zu verdienen, seine bisherige Berufsarbeit aufzugeben und eine andere zu suchen. In einem solchen Falle kann bei Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit auch der bisherige Beruf des Verletzten berücksichtigt werden.

Die Ueberbürdung des Reichsversicherungsamts hat wieder zugenommen. Die Zahl der zu bearbeitenden Refurse betrug 23865, weist also gegen das Vorjahr eine Steigerung von rund 10 Proz. auf. Der Ausgang des Rechtsstreits war für die Versicherten weniger günstig als in den Vorjahren: sie erzielten völlige oder teilweise Abänderung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils nur in 22,8 Proz. aller Fälle (1903: 22,9 Proz., 1902: 22,3 Proz., 1901: 26,6 Proz.); bei den Berufsgenossenschaften sind die entsprechenden Ziffern 51,6 Proz., (1903: 52,5 Proz., 1902: 47,2 Proz., 1901: 51,1 Proz.). Der Bericht liefert auch einen zahlenmäßigen Ueberblick über die Streitfragen, mit welchen sich die Rechtsprechung am meisten zu befassen hatte. Die Herabsetzung der Unfallrente bildete dabei einen Hauptstoff (45,2 Proz.); der Grad der Erwerbsunfähigkeit war in 21,8 Proz. der Fälle Grund zur Klage; die Prüfung, ob ein Unfall „beim Betrieb“ vorlag, kam in 6 Proz. aller Fälle in Frage, der Beweis des Unfalls war in 6,1 Proz. der Zusammenhänge zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsunfähigkeit war in 11,0 Proz. Gegenstand der Verhandlungen. Letztere Fälle liefern wieder erneut den Beweis, wie notwendig es ist, den ganzen Begriff des Betriebsunfalls zu beseitigen und die Gewerbetrauenheiten, die Unglücksfälle des täglichen Lebens usw. in gleicher Weise zum Anlaß für die Erwerbsleistung in Form einer Rente zu nehmen.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung beläuft sich die Zahl der bis zum Schlusse des Jahres 1904 bewilligten Renten auf 1689924. Auf das Jahr 1904 kamen hiervon 162508, und zwar 140122 Invalidenrenten, 10460 Krankenrenten und 11936 Altersrenten. Beim Vergleich mit den Vorjahren tritt eine auffällige Verminderung der Zahl der Invalidenrenten hervor, für die in dem Bericht des Reichsversicherungsamts keine Erklärung gegeben ist. Angesichts der Klagen, die in manchen Gegenden über die allzustränge Handhabung der Kontrolle seitens der Landesversicherungsanstalten und ihrer „Vertrauensärzte“ geführt werden, braucht es einer Erklärung auch nicht. Zum größten Teil ist wohl der Rückgang der Invalidenrenten auf eine übermäßig scharfe Prüfung der Voraussetzungen für die Bewilligung zurückzuführen. Die Entziehungsbefehle der Versicherungsanstalten betragen im Jahre 1901: 2770, 1902: 3474, 1903: 4303, 1904 aber 6388, sie haben sich also gegen den Durchschnitt der drei Vorjahre im Berichtsjahre fast verdoppelt! Zum Teil mag der Rückgang der Renten auch noch auf einen anderen Umstand zurückzuführen sein. Das Bestreben der Unternehmer, nur junge Arbeitskräfte zu beschäftigen, hat naturgemäß dazu geführt, daß zahlreiche Arbeiter in vorgeräthlichen Jahren nicht mehr genügende Beschäftigung finden, wodurch die Wartenverwendung derselben in Ermanglung versicherungspflichtiger Beschäftigung nicht ausreicht, um die Anwartschaft für die Erlangung der Invalidenrente zu sichern. Leider wird ja von der Befugnis freiwilliger Versicherung verschwindend wenig Gebrauch gemacht, und so ist bei eintretender Invalidität der Antrag auf Invalidenrente manchmal aussichtslos. Was die Krankenrente betrifft, so wird diese seit 1. Januar 1900, wenn der Versicherte 26 Wochen lang ununterbrochen krank ist, für die weitere Dauer der Krankheit gewährt. Vor dem 1. Januar 1900 mußten die vorübergehend Erwerbsunfähigen, welche diese Renten erhalten, 52 Wochen krank sein, und die Rente in Anspruch nehmen zu können.

Die Zahl der gegenwärtig laufenden Renten ist trotz der Abnahme der neubewilligten Invalidenrenten um fast 64000 gewachsen, weil das Ausscheiden der Rentempfänger durch Tod, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit usw. offenbar bis zur Erreichung des Beharrungszustandes weit langamer vor sich geht als das Hinzukommen neuer Empfänger.

Sowohl die Berufungen wie die Revisionen haben stark zugenommen, erstere um 15,8 Proz., letztere um 16,29 Proz. Das Verhältnis stellt sich ungefähr so, daß jeder siebente Rentenbescheid durch die Berufung, jedes vierte Schiedsgerichtsurteil durch die Revision angegriffen wird.

Von den 4327 Revisionen, welche im Jahre 1904 durch Urteil erledigt worden sind, ist das schiedsgerichtliche Urteil in 3417 Fällen bestätigt und nur in 187 Fällen völlig oder teilweise geändert worden. Die Versicherungsanstalten erfreuten sich eines weit besseren Erfolgs ihrer Berufungen als die Versicherten. Sie erreichten völlige oder teilweise Abänderung des Schiedsgerichtsurteils bei 26,39 Proz. (1903: 20,81), Zurückverweisung der Sache an die Vorinstanz bei 40 Proz. (1903: 46,65 Proz.) ihrer eignen Revisionen und mußten sich nur bei einem Drittel derselben mit der Bestätigung der Vorentscheidung abfinden.

In Invalidensachen war am häufigsten streitig, ob zeitlich Erwerbsunfähigkeit eingetreten oder wieder behoben war (44,10 Proz. der Fälle). Demnach war die Erfüllung der Wartezeit streitig in 17,34 Proz. aller Fälle. In 11,52 Proz. wurde ein Verstoß wider den klaren Inhalt der Akten festgestellt, und in 9,01 Proz. lagen wesentliche Mängel des Verfahrens vor.

In Altersrentensachen war am häufigsten streitig, ob die Wartezeit erfüllt war (64,18 Proz. der Fälle), an zweiter Stelle stehen die Fälle, in denen es sich um sonstige Rechtsfragen handelte (10,68 Proz.), während die Fälle, in denen zur Entscheidung stand, ob der Rentenbewerber zu den Versicherten gehörte, ganz erheblich (von 10,86 Proz. auf 3,95 Proz.) zurückgegangen sind. Den Versicherten wäre besser geblieben, wenn statt dem Revisionsverfahren das Rekursverfahren eingeführt würde, damit der Kläger im Falle eines noch neues Beweismaterial beibringen.

Wie günstig die einheitliche Rechtsentwicklung durch die letzte Zuständigkeit des Reichsversicherungsamts bei Entscheidung der Fragen des Versicherungsverhältnisses nach § 155 des Invalidengesetzes beeinflusst wird, zeigt sich wieder in den vielen Anfragen der Vorstände der Versicherungsanstalten.

Auf Anfragen über Gegenstände der Versicherung gibt das Reichsversicherungsamt meist keine sachliche Antwort, da für die Zuständigkeit in Invalidensachen in erster Linie die unteren Verwaltungsbehörden zuständig sind. Auch eine Prüfung der zahlreich erfolgten Eingaben resp. Beschwerden über die Ablehnung oder Ausübung des Selbstverfahrens erfolgt in der Regel nicht, da bekanntlich die Versicherungsanstalten darüber, ob und in welcher Weise sie eine Selbstbehandlung übernehmen wollen, vollständig selbständig zu entscheiden haben. Die „Arbeiterhilfsvereine“ mit denen das Reichsversicherungsamt sich außerhalb seiner unmittelbaren Spruchbefugnis zu beschäftigen hat, haben sich gegen das Vorjahr

in Invalidenversicherungssachen gering vermehrt (von 1240 auf 1252); in Unfallversicherungssachen ist eine Abnahme (von 1329 auf 1273) eingetreten. Diejenigen Fälle, in denen die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes Anlaß zur Anrufung des Amtes gegeben hatten, sind hierbei nicht mitgerechnet, da das Reichsversicherungsamt auf diesem Gebiete nicht zuständig ist.

Die Bestimmung des § 45 des Invalidengesetzes hat im Berichtsjahre die Tätigkeit des Reichsversicherungsamts mehrfach in Anspruch genommen. Dieser Paragraph bestimmt, daß die Ueberschüsse des Vermögens einer Versicherungsanstalt zu Gunsten der der Versicherungsanstalt angehörenden Rentempfänger, Versicherten sowie ihrer Angehörigen verwendet werden können. Von seiten mehrerer Versicherungsanstalten ist nun auf Grund dieses Paragraphen eine Erhöhung der im § 18 Absatz 4 des Invalidengesetzes vorgesehenen Angehörigenunterstützung beabsichtigt worden und hat hierzu auch der Bundesrat die erforderliche Genehmigung erteilt. Es erhöhen die Angehörigenunterstützung: Versicherungsanstalt Posen bis zur doppelten Höhe des gesetzlichen Betrages in Fällen der Bedürftigkeit; Versicherungsanstalt Hannover nach Lage des Einzelfalles bis zur Höhe von 15 M. wöchentlich; Versicherungsanstalt Rheinprovinz nach Lage des Einzelfalles bis zum dreifachen des gesetzlichen Betrages; Versicherungsanstalt Pfalz auf das Doppelte des gesetzlichen Betrages in Fällen, in welchen zwei oder mehrere Angehörige des Versicherten vorhanden sind; Versicherungsanstalt Mittelbrabant bis zum doppelten Betrag nach Lage des Einzelfalles, und bei besonderer Bedürftigkeit wird ein außerordentlicher Zuschuß geleistet. Bei denjenigen Versicherungsanstalten, welche solche erhöhte Unterstützungen noch nicht zahlen, muß es Sache der im Jahre 1904 gewählten Vorstands- und Ausschussmitglieder sein, daß auch dort solche Leistungen eingeführt werden.

Bei Betrachtung des Geschäftsberichts im allgemeinen fällt wieder die kolossale Ueberlastung des Amtes auf, durch welche ohne Zweifel die Rechtsprechung in ungünstigster Weise beeinflusst wird, wenn dies auch von maßgebender Stelle bestritten ist. Jedenfalls ist es höchste Zeit, daß eine durchgreifende Reform in der Geschäftseinteilung und Behandlung eintritt, wenn das Vertrauen in das Amt, welches durch zahlreiche, dem Volksempfinden direkt widersprechende Urteile sowieso bedenklich erschüttert ist, gehoben werden soll.

Die Lage der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in Düsseldorf.

Kommt man als fremder Textilarbeiter in die am herrlichen Rheinstrom gelegene Künstlerstadt Düsseldorf, so denkt man gewiß, hier müssen doch das Leben und die Verhältnisse recht angenehm sein. Schöne Straßen mit feinen Willen, prachtvolle Anlagen und manche andre schöne Sachen fesseln das Auge des Fremden, sodas er sich sogleich diesen Ort als bleibenden Aufenthalt wünscht. Er macht sich auch gleich auf die Beine und sucht die Textilbetriebe auf. Arbeit hat er bald gefunden und an schönen Verprechungen fehlt es nicht, Strahlend vor Freude, daß ihm nun sein Plan geglückt ist, in dieser schönen Stadt sein zukünftiges Heim aufzuschlagen zu dürfen, begibt er sich auch gleich auf die Suche nach Wohnung. Doch hierbei wird unser Fremder schon etwas müde, denn überall werden ihm für zwei leere Zimmer ohne Ofen, ohne Herd und ohne alles 22—25 M. pro Monat abverlangt. Ganz anders wird ihm noch zu Mute, wenn er tags darauf in die Fabrik kommt und merkt, daß er im günstigen Falle nur 17 bis 19 M. wöchentlich verdient. Rechnet er nun die Wohnungsmiete ab, so bleiben ihm für Nahrung, Kleidung und was er sonst noch braucht 12—13 M., womit er bei der leuere Lebensweise (ein Pfund Rindfleisch kostet 75 Pf., ein Pfund Schweinefleisch 90 Pf.) dies alles zu bestreiten hat. Es wird ihm nun auch begreiflich, warum er so schnell Arbeit gefunden hat, denn obwohl die Verhältnisse in manchen andern Betrieben auch nicht die besten sind, herrschen doch in den Textilbetrieben die allerschlimmsten Zustände. Daher sind auch schon viele Textilarbeiter, die einigermaßen denken gelernt haben und sich ihnen die Gelegenheit geboten hat, in andre Berufe übergetreten. Die Künstlerstadt kann im wahren Sinne des Wortes für die Textilarbeiter die Stadt der Hungerkünstler genannt werden.

Wie sehen aber die Verhältnisse in den einzelnen Textilbetrieben für die Arbeiter aus?

In der Rammgarnspinnerei wurde vor Jahren mit Hilfe der Organisation die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden heruntergedrückt. Jetzt, wo die dortigen Kollegen es nicht mehr für notwendig halten, der Organisation anzugehören, wird ihnen die Arbeitszeit zum Teil wieder auf elf Stunden erhöht. Der Verdienst ist infolge schlechten Materials recht geringer als bei vorheriger zehnstündiger Arbeitszeit. Verheiratete Anleger verdienen wöchentlich 17—18 M. Ein Fabrikangewerksamer sorgt für die nötige Zerstreuung, sodas dem Arbeiter gar keine Zeit bleibt, über seine schlechte Lebenslage und wie dieselbe zu verbessern, nachzudenken.

Noch weit schlimmer steht es in der Blandurerei und Färberei von F. Wöhler & Söhne aus. Wird da ein Arbeiter mit einem Tagelohn von 3 M. eingestellt, wird er am Lohnungsstage gewahrt, daß ihm jeder Arbeitstag nur mit 2,50 M. berechnet ist. Auf Befragen wird er auf § 4 der Arbeitsordnung hingewiesen, wonach der vereinbarte Lohnjah für den zwölfstündigen Arbeitstag berechnet ist und deshalb bei der jetzigen zehnstündigen Arbeitszeit zwei Zwölftel davon in Abzug gebracht werden. Ein System, das wohl selten anzutreffen ist. Auch wird in diesem Betriebe auf die Gesundheit der Arbeiter wenig Rücksicht genommen. Die Kanalisation ist viel zu eng gebaut und die Arbeiter müssen den ganzen Tag bis an die Fuchsnägel in der abgelassenen Farbbrühe stehen. Rheumatismus wird hierdurch zur nicht seltenen Erscheinung und führt die dort Beschäftigten einem sicheren Siechtum entgegen.

Auch in der Schönfärberei von J. S. Raag steht es sehr trübe aus. Die Arbeiterinnen, die dort mit Platten beschäftigt sind, werden nach den Launen der dort maßgebenden Personen bejagt. Für ein und dasselbe Stück erhalten sie einmal 20 Pf., ein andermal nur 15 Pf., und öfters auch nur 10 Pf. Statt daß ein Tarif aufgehängt wird, müssen die Arbeiterinnen mit allem Zufrieden sein, was man ihnen in die Hand drückt. Morgens um 6 Uhr werden die Plätterinnen hinstellt und bis 8 Uhr müssen sie warten, ehe sie nur anfangen können zu arbeiten. Für die zwei Stunden Wartezeit erhalten sie aber keinen Pfennig.

Nicht besser und zum Teil noch schlimmer steht es in den übrigen Textilbetrieben aus. Unordentlich und Ueberstunden bis taufend sind in bester Blüte überall anzutreffen.

Sieht man sich aber nun das Tun und Treiben der Arbeiter näher an, so wird man bald merken, woher es kommt, daß jede Spur von Selbstbewußtsein bei ihnen verschwunden ist. Das ganze Jahr verbringen sie über Vergnügen. Rirnes an allen Ecken. Fangenvereine, auf dem Boden des Internermentums stehend, sowie Schützen- und andre Sebastianusblumvereine sorgen für Zerstreuung und lenken den Arbeiter und die Arbeiterin von dem Nachdenken über ihre schlechte Lebenslage ab und reißer sie dadurch

immer tiefer ins Elend und in die Schulden hinein. Daß unter solchen Verhältnissen die Kinder dieser Leute nicht besser werden können als sie selbst sind, liegt klar zu Tage. Raum aus der Schule entlassen, werden sie ebenfalls in die Fabrik geschickt und kommen später ebenfalls in dieselbe schlechte Lage, in der heute ihre Eltern sich befinden.

Das sind die Schattenseiten im schönen Düsseldorf, wovon der Fremde, wenn er hierher kommt, keine Ahnung hat. Daß aber auch die elende Lage der Textilarbeiter gebessert werden kann, hat jeder Denkende schon längst erfahren. Deshalb sei auch den Düsseldorfer Textilarbeitern anheimgegeben, daß, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen verbessern wollen, sie sich der Organisation zuwenden müssen. Denn nur durch gemeinsames Vorgehen kommt auch ihr zu euern Menschenrechten gelangen.

Mitteilungen aus Fachreisen.

Dresden. Bei der letzten Revision der Bücher ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Lokalmarken nur in wenigen Fällen voll bezahlt waren. In einigen Büchern waren überhaupt keine vorhanden was jedenfalls auf Unwissenheit zurückzuführen ist. Da aber in nächster Zeit (15. August) die Beiträge für das Arbeitersekretariat zu entrichten sind und der Lokalzuschlag dadurch nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, sehen wir uns veranlaßt denselben auf eine andere Art einzuziehen. Deshalb soll folgender Antrag in der nächsten öffentlichen Versammlung zur Abstimmung gelangen:

„Die Versammlung wolle beschließen den Lokalbeitrag von 2/2 Pf. auf 5 Pf. wöchentlich zu erhöhen und zwar durch Einführung einer 35- resp. 25-Pfennigmarke.“

Außerdem haben wir bei den Statistikkarten trotz der immerwährenden Aufzählung, dieselben auszufüllen, eine arge Enttäuschung erlebt da nur 32 Karten abgegeben worden sind. Die öffentliche Versammlung wird durch Handzettel bekannt gegeben und erwarten wir, daß jedes einzelne Mitglied in der Versammlung erscheint.

Elberfeld. Wie auf politischem Gebiete die parteilose „Generalanzeiger“-Meinung zur Verumpfung des Volkes führt, so auch auf wirtschaftlichem. Alle „Generalanzeiger“-Fabriken handeln nach dem Grundsatz: non olet (Geld stinkt nicht); mag eine Annonce einen noch so brutalen Charakter tragen, in krassen Worten modernes Elanleben widerspiegeln, im „Generalanzeiger“ finden sie Aufnahme. Beweis hierfür ist folgende Anzeige im „Elberfelder Generalanzeiger“: „Für eine Türkschrotgarn-Fabrik wird ein solider, nichtstarrer Vorarbeiter (Sadentreter), der alle vorkommenden Arbeiten und Handgriffe flink und akkurat ausführen kann, aufgenommen. Bei Fleiß, Umsicht und guter Haltung kann er Meister werden. Offerten sind unter Chiffre M. P. 3351 an Haafenstein & Vogler, Prag, zu richten.“ Es gibt ja „Sadentreter“ die große Menge, das kapitalistische Ausbeutungsprinzip hat diese großgezüchtet, die Arbeiterklasse zu fleischfressenden Maschinen herabgedrückt. — Bei Fleiß, Umsicht und guter Haltung kann der „Sadentreter“ Meister werden. Fleiß, Umsicht und gute Haltung im Treten, Knuspen und Stoßen, wenn ein Arbeiter mal aufjubeln mag, führt zum Meistertitel — Versand ist dazu nicht nötig. Es lebe die Sadentreterei!

Cuxsteden. Am Samstag den 22. Juli fand im Lokale Leo Heremann, Bienenstraße, unsere Mitgliederversammlung statt, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nachdem die Versammlung sich zu Ehren unseres verstorbenen Kollegen Wilhelm Pütz von den Sihen erhoben hatte, wurde der Kassenbericht gegeben. Aus demselben war zu ersehen, daß wir im zweiten Quartal eine Einnahme von 950,38 M. zu verzeichnen hatten, der eine Ausgabe von 649,41 M. gegenüber stand. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 300,97 M. Die Mitgliederzahl betrug 180, darunter 8 weibliche Mitglieder. Nachdem die Revisoren über die Revision der Kasse Bericht erstattet hatten, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Darauf nahm Kollege Reim es aus Krefeld das Wort zur Berichterstattung über den Kölner Gewerkschaftskongreß. Die zirka zweistündigen interessanten Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. In dem nun folgenden dritten Punkte wurde seitens verschiedener Kollegen darüber Klage geführt, daß die meisten Verbandsmitglieder unser Lokal unberücksichtigt lassen und ihre lauer verdienenden Groschen lieber denjenigen Wirten hintragen, die wohl gern ihr Geld nehmen, aber nicht ihre Gesinnung respektieren. Pflicht eines jeden Gewerkschafters sei es, den Wirt am Ort zu unterstützen, der den Mut und das nötige Rückgrat besitzt, uns seine Lokalitäten für Versammlungen und dergleichen zur Verfügung zu stellen. Habe man doch wieder erst kürzlich versucht, uns unser Lokal abzutreiben, jedoch ohne Erfolg. Die Mitglieder unserer Filiale werden hierdurch auf die Ausfüllung der Fragekarten zur Arbeitslosenstatistik aufmerksam gemacht. Bis jetzt hat Cuxsteden untrümblich abgeschrieben mit der Einbindung dieser Karten.

Cuxsteden. Ueber den am Sonntag den 23. Juli von den freien Gewerkschaften veranstalteten Ausflug berichtet die „Cuxsteden Volkszeitung“: „Ein Anblick, der uns bisher neu war, wurde uns am Sonntag vor. Seit der hiesigen freien Gewerkschaften geboten, nämlich ein Familienausflug der Arbeiter mit Musik. Die Kapelle heimig geleitete Hunderte von Männern, Frauen und Kindern zum Billiger Walde, wo sich, trotz des zeitweiligen Regens, ein lustiges Treiben entfaltete. Am Abend zog die Schar, eine rote Fackel voraus, unter den Klängen der Arbeiter-Marschmusik in die Stadt zurück. Einige Spielbürger, die mit uns den Einzug der Arbeitermassen beobachteten, waren ordentlich erschrocken, als sie die feurige Welle des Schlaggeanges der Revolution durch die Straßen schallen hörten, und wollten nach der Polizei rufen. Wir haben die Unglücklichen beruhigt, da die Sache an sich ganz harmlos war. Zudem schlägt man mit dem Polizeihüpfel keine Ideen tot; dazu hätte es viel früher ganz anderer Mittel bedurft. Aber im offiziellen Zentrum unserer Stadt glaubte man eine viel wichtigere Aufgabe darin gefunden zu haben, die politische Gesinnung der eigenen Parteigenossen mitrostlos auf ihre angebliche Fadelhaftigkeit zu untersuchen, anstatt mit vereinten Kräften dem Umsichgreifen der Umsturzideen entgegenzutreten und die Arbeiterklassen bei Zeiten für die christliche Organisation zu gewinnen. Und not hätte es wahrlich getan; denn selbst wenn man annehmen will, daß unter den am Sonntag zum Waldsee ausgezogenen Scharen eine Masse sogenannter Mülkäufer waren und daß die hiesigen Mitglieder der freien Gewerkschaften noch lange nicht alle Sozialdemokraten sind, so bleiben doch so viele unentwegte Genossen übrig, daß eine gründliche und einträchtige Gegenorganisation die dringendste Aufgabe der hiesigen Zentrumsgruppe geworden ist. Leider werden, allem Anschein nach, noch einige stärkere Stöße kommen müssen, — e man sich endlich zur Inangriffnahme dieser Aufgabe verfaßt.“ — Das Bemerkenswerteste an diesem „Festbericht“ ist das Zugeständnis, daß die christlichen Gewerkschaften dazu da sind, die katholischen Arbeiter dem Zentrum zu erhalten. In der Regel hört man bekanntlich anders. Den Spott des Zentrumsblattes über die Cuxsteden Spielbürger würde man kaum verstehen, wüßte man nicht, daß dieses neugegründete Blatt von dem offiziellen Zentrumsblatt immer noch als überflüssiger Eindringling betrachtet wird. In dieser Lage gebärdet sich die „Volkszeitung“ zuweilen etwas querköpfig. Der ziemlich objektive Bericht über den Gewerkschaftsausflug hat denn auch keinen andern Zweck als den, die lieben

eigenen Partei, „freunde“ etwas zu ärgern und als geeignete Einleitung zu einer neuen Anrempelung auf diese zu dienen.

Frankenberg. Am 15. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche diesmal besser besucht war. Zunächst gab Kollege Oskar Lorenz die Abrechnung vom 2. Quartal 1905, nach der ein Kassenbestand von 268,19 M. vorhanden ist. Nach kurzer Debatte wurde hierauf dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß der Vorstand für den kranken Kollegen in Maulburg 10 M. bewilligt hat, was gutgeheißen wird. Nachdem Kollege Köhler noch Bericht von der letzten Kartellführung gegeben und sich eine kurze Debatte angegeschlossen hatte, erfolgte Schluß der Versammlung. Kollegen und Kolleginnen! Es muß immer und immer wieder der Mahnruf an euch gerichtet werden, erscheint in den Versammlungen und helfe mit raten und taten. Denn gerade jetzt, wo sich die Unternehmer Sachsens und Thüringens erdreisten, Tausende und Abertausende von Arbeitern auszuhungern, ist es doppelte Pflicht, die Augen offen zu halten und eine intensive Agitation zu entfalten, da doch der Kampf der Meeraner und Glauchauer Kollegen auch unser Kampf und deren Sieg auch unser Sieg ist. Darum alle Mann an Bord, alles daran gesetzt, die Kollegen in moralischer und finanzieller Hinsicht zu unterstützen und den Verband durch neue Mitglieder zu stärken und zu kräftigen!

Glauchau. Am 2. August tagte wieder eine öffentliche Versammlung im „Weißen Hof“, um Stellung zum Streik und zu den neuen Maßnahmen der Unternehmer zu nehmen. Genosse R. Kauf-Moerane hatte das Referat übernommen. Der Redner schilderte nochmals die Ursachen und den Verlauf des gegenwärtigen Lohnkampfes. In scharfen, kernigen Worten kennzeichnete er das bisherige Verhalten der Unternehmer, die es fertig brachten, eine große Anzahl an Streik nicht beteiligter Arbeiter auf das Pfahler zu werfen. Diefelben Unternehmer würden wahrscheinlich auch ihren ganzen Einfluß auf die Webereibesitzer ausüben, damit auch diese zu Gunsten der am Lohnkampf beteiligten Unternehmer ihre Arbeiter aussperrten, jedoch weitere Zehntausende von Arbeitern brotlos werden. Auf jeden Fall hätten die Streikenden keine Veranlassung, für die Zukunft besorgt zu sein. Die Sympathie der Arbeiter ganz Deutschlands sowie des Auslandes sei den Ausständigen und Ausgesperrten gewiß, und darum könne der Sieg bei tapferem Aushalten nicht ausbleiben. Der starke Beifall bewies am besten, daß die Streikenden sowie die übrigen Anwesenden mit dem Referenten eines Sinnes waren. In der Diskussion wurde erklärt, daß der Referent den Wochenlohn der Fabrikarbeiter mit 13,50 M. viel zu hoch angegeben habe. Im Winter betrage derselbe kaum 8 bis 9 M., der Durchschnittslohn beträgt daher kaum über 10 Mark. Ein anderer Redner machte die Mitteilung, daß die hiesige Aktienfärberei im vergangenen Jahre einen Reingewinn von 150 000 M. erzielt habe. Bei einer Aufbesserung von pro Arbeiter und Woche 2 M. würde den Aktionären bei einem Arbeiterbestand von 300 erst der fünfte Teil von dem Verdienst entgegen, welchen sie erzielt haben, ohne daß sie einen Finger krümmen zu machen hätten. Vom nicht-Rönnen kann also keine Rede sein. Nachdem noch das Verhalten des „Glauchauer Tageblattes“, welches erst wieder in der neuesten Nummer die Streikenden in gemeinsten Weise verhöhnte, gewürdigt und zum Abnommement auf die „Volksstimme“, als der Vertreterin der Arbeiterinteressen, aufgefordert worden war, ermahnte der Referent in seinem Schlußwort nochmals zum Aushalten. Eine Resolution folgenden Inhalts wurde einstimmig angenommen: „Die am 2. August, abends 7 Uhr, im Gasthof „Weißen Hof“ tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Streikenden versprechen, selbst wenn die Unternehmer die Drohung, sämtliche Weber und Weberinnen auszusperrn, wahr machen sollten, auf ihren gerechten Forderungen zu beharren und nicht eher in die Fabrik zurückzukehren, bis sämtliche Forderungen bewilligt sind.“ — Den „Schlaunen“ spielt der am Montag erfolgten Aussperrung der fünf Betriebe, deren Arbeiter im Streik stehen, die Färberei Glauchau, Aktien-Gesellschaft. Diese Firma hat zwei Betriebe. Die Belegschaft beider Betriebe befindet sich im Streik. Als nun am Montag die Aussperrung der Arbeitswilligen erfolgte, schloß die Firma nur den einen Betrieb und erhielt den anderen mit verstärktem Arbeitswilligenmaterial aufrecht. Die Arbeiterklasse wurde aus den von der Aussperrung betroffenen Betrieben ergänzt. Während einige Unternehmer vorläufig ihre braven ausgesperrten Arbeitswilligen mit anderen Arbeiten, wie großem Reintmachen u. dergleichen, verborgen, so z. B. die Firma Dietel, eine Menge Menschenmaterial an die Aktienfärberei. Nun spielt hier die Aktienfärberei eine eigentümlich schlaue Rolle. Die Firma ist Mitglied des Schächel-Thüringischen Färbereibundes. Als solches war sie verpflichtet, die Betriebe zu schließen. Der Vertreter der Firma erklärte aber, daß der Baumwollbetrieb beim Färbereibetrieb nicht in Betracht komme. Dieser möchte dann aber der anderen Beteiligung, welche den Tarif bewilligt hat, angehören. Eine Firma und zwei Seelen! Handelt es sich um Bewilligung, dann beruft sich die Firma auf die Zugehörigkeit zum Ring. Handelt es sich um die Aussperrung, dann hat die Firma mit dem Ring nichts zu tun. Hier zeigt es sich wieder, wie die größten Betriebe auf Kosten der kleinen immer ihren Vorteil zu wahren wissen.

Großschauen. Kollegen und Kolleginnen! In unserer Textilindustrie werden die Löhne immer trauriger. Das liegt daran, daß es sehr viele gibt, die sich um die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht kümmern, denn sonst könnten Mißstände, wie sich solche in der Tuchfabrik vormals Gebr. Jäschke (jetzt A. G.) zeigen, nicht an den Tag treten. Diese Firma zählt am Orte die traurigsten Löhne mit; den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen gibt man die Woche bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 und 12 Stunden 6 bis 12 M. Und was eine Familie, welche aus 6 Köpfen besteht, mit 12 M. bei den jetzigen Lebensmittelpreisen anfangen kann, nun das weiß wohl ein jeder. Aber bei den Weberinnen sind die Löhne mitunter noch viel trauriger. Das Material, welches dieselben verarbeiten müssen, ist so schlecht, daß sie bei einer Arbeitszeit von früh 6 bis abends 6 Uhr die Woche mit 4, 5 und 6 M. nach Hause gehen müssen; ja es ist vor kurzem vorgekommen, daß eine Weberin, welche die ganze Woche gearbeitet hatte, ohne Lohn nach Hause gehen mußte. So müssen die Arbeiterinnen unbemerkt im endlosen Kampfe ums nackte Brod elend zu Grunde gehen. Die Unternehmer stecken jährlich Tausende von Mark ein und die Arbeiterinnen schickt man ohne Lohn nach Hause. Kolleginnen, das könnt ihr so ruhig mit ansehen? Glaubt ihr, daß ihr, wenn ihr nach und nach die Arbeit verliert, etwas erreicht? Im Gegenteil! Trete, ob jung oder alt, in den Deutschen Textilarbeiterverband ein. Nur eine geschlossene Macht kann die Dinge wenden. Die Arbeit — die Kapital!

Sainten. Wir haben hier am Orte eine Patent-Rohbaarsstoff-Fabrik von R. Großhans u. Co. Als seinerzeit dieser Fabrikationszweig hier begründet wurde, prophezeite man den Sainten Verhältnissen dadurch Besserung. Im Anfang waren es nur Handweber und Weberinnen, die beschäftigt wurden, und eine beträchtliche Anzahl Leute fanden Beschäftigung. Es dauerte aber nicht lange und Herr Großhans fing an, die Löhne zu reduzieren, und zwar gleich bis zu zirka 30 Proz. Als sich ein Teil der Weber von ihm abwandte, ließ genannter Herr die Ware in den Straßen stellen zu Zwickau und Sittau anfertigen. Heute noch geben da zirka 40 bis 50 Handweber. Dieses nun, überall ist, so halten es auch hier bald die Mechaniker fertig gebracht, für diesen Rohbaarsstoff, bei welchem jeder Schuß in Gestalt eines Rohbaars mittels hundertfachen Schüßens (Griffapparats) eingelegt wird, den mechanischen Webstuhl herzurufen. Am Anfang belam ihn der Weber

oder jede Weberin einen breiten oder zwei schmale Stühle. Als sich die Leute eingerichtet hatten, gab man denselben drei Stühle. Dies ging eine Zeitlang, auf einmal hieß es in dem Betriebe: „Wer nicht vier Stühle nimmt, den kann ich nicht mehr beschäftigen.“ Damit es den Arbeitern aber nicht zu wohl wurde, reduzierte man den Lohn pro Stück um 1,50 M. Im günstigen Falle konnte ein Arbeiter, d. h. wenn er sehr flink war, auf jedem Stuhl ein Stück Ware herstellen, aber nur von den feinsten Qualitäten, für die es pro Stück 3 M. und 3,25 M. gab. Dieses Vierstuhl-System ist ungefähr 1/4 Jahr in Übung gewesen und die besten Arbeiter verdienten da zwischen 12 und 14 M. pro Woche. Vorvorige Woche gab Herr Großhans bekannt, daß es von nun an für jedes Stück Ware 1 M. weniger gäbe. Das ist eine Lohnreduktion von 3 bis 4 M. pro Woche. Hatte man schon das Vierstuhl-System mit Widerwillen aufgenommen, so schlug die jetzige Belohnung dem Fasse den Boden aus; die Leute warteten ab, bis am Sonnabend die Lohnbücher kamen, um sich überzeugen zu können, ob man wirklich Abzüge gemacht hatte oder nicht. Es stellte sich da heraus, daß man bei zwei Weberinnen und einem Weber von jedem Stück 1 M. abgezogen hatte. Hierauf ließen hiesige 14 Weber und Weberinnen, die zusammen zirka 56 Stühle bedienten, die Arbeit ruhen und verlangten den Chef zu sprechen. Es wurden denselben von mehreren Webern und Weberinnen ob des Abzuges Vorhaltungen gemacht. Wie immer, mußte auch diesmal die leidige Konkurrenz herhalten, sie sei schuld, daß Herr Gr. nicht mehr zahlen könnte. Herr Großhans berief sich auch (wie naiv!) auf die hiesigen anderen Betriebe, wo die Leute nicht viel verdienten. Es kam in dieser Verhandlung soweit, daß Herr Großhans sagte, alle, die ausgehalten hätten, bräuchten nächsten Montag nicht wieder anzufangen. Er sprach noch davon, daß die Leute verheißt seien, streiken wollten usw. Als die Leute den Herrn auf die Kündigung aufmerksam machten, bemerkte er: „Na, das macht zirka 300 M., die bezahle ich eher, als daß ich den allen Lohn weiter zahle.“ Das von der Konkurrenz mag Herr Großhans weismachen, wenn er will, aber nicht uns. Wenn man in 6 bis 8 Jahren eine Fabrik und eine feine Villa gebaut, ein großes Grundstück gekauft, die Fabrik vergrößert und umgebaut; außerdem mechanische Stühle und sonstige Maschinen angeschafft hat, wenn man noch nebenbei ins Bad reisen und auf großem Fuße leben kann, dann kann die Konkurrenz nicht schlimm gewesen sein. Wenn Herr Großhans nicht wüßte, daß er es mit unorganisierten Leuten zu tun hätte, würde er wohl etwas kleinlauter sein. Ein Teil hat sich aber schon organisiert, und wir wollen Sorge tragen, daß deren Zahl bald wächst, ehe es zu spät ist.

Leipzig. Die Textilarbeiter nahmen den Bericht vom Internationalen Kongreß der Textilarbeiter in Mailand in einer Versammlung am 25. Juli im Restaurant „Zwei Linden“ in Lindenau entgegen. Kollege Glanckmann als Delegierter erläuterte ausführlich den Gang der Verhandlungen, die Beschlüsse, sowie die heftigen Auseinandersetzungen, welche mit dem Sekretär sowie mit den übrigen englischen Delegierten stattgefunden haben. Der Sekretär habe seine Arbeiten nicht zur Zufriedenheit der deutschen und österreichischen Delegierten erledigt. Daher wurde von Oesterreich Deutschland vorgeschlagen, aber mit 4 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Für die Abschaffung der Akkordarbeit könnten sich die Engländer noch immer nicht erwärmen. Auf die Arbeitszeitverkürzung sei das größte Gewicht zu legen. In England und Frankreich herrscht der Zehnstundentag, während die übrigen Länder zum größten Teil noch länger als 10 Stunden arbeiten, in Italien sogar bis zu 13 und 14 Stunden. In Italien stehe auch die Kinderausbeutung in voller Blüte. Von einigen Disziplinirern wurde gegen den Parlamentarismus polemisiert und die jetzt übliche Taktik bekämpft. Gegen die Zahl der Delegierten sowie die damit verbundenen hohen Kosten, welche nicht im Einklang mit den Fortschritten zu bringen seien, wurde nur eine Motion über die Stimme auf dem Internationalen Kongreß eingebracht, wozu man sich gleichfalls mit einem Appell auf die Anwesenden, für die Organisation zu agitieren und die Versammlungen, welche auch später noch stattfinden, zu besuchen, wurde die Versammlung 7/12 Uhr geschlossen.

Krefeld. In Nummer 28 des „Textilarbeiters“ lasen wir von den Lohn- und Arbeitsverhältnissen im heiligen Rön. Aus diesem Artikel spricht die Tatsache: je niedriger ein Volk gestellt ist, desto schwieriger ist es, dasselbe wieder zu heben. Auf die ganze Textilbranche trifft das zu; die niedrige Lebenslage des Arbeitervolkes reizt die bestehenden Klassen an, es immer mehr und mehr zu mehren und immer tiefer herabzudrücken. Und das liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Immer mehr und mehr verteuern sich die Lebensmittel, während unsere Arbeitslöhne immer schlechter werden. Dagegen kann nur eine starke Organisation mit Erfolg ankämpfen. Doch da, wo das Elend am größten ist und Hilfe am notwendigsten wäre, ist unsere Organisation am schwächsten, z. B. in Baden, Bayern, Elsaß usw. Am schwersten sind die Frauen für die Organisation zu gewinnen. Und sie treten auch den Männern manchmal noch hindernd in den Weg, wenn diese sich organisieren wollen. Eine Webersfrau ist tagtäglich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein an der Arbeit. Todmüde legt sie sich dann auf einige Stunden zur Ruhe. Das Gemütsleben der Frauen wird abgestumpft. Das ist nicht zu verwundern. Kapitalistische Frauen stellen zur Beforgung ihres Haushaltes Dienstmädchen an, arme Arbeiterfrauen müssen 10 bis 12 Stunden dem Kapitalismus frönen, um dem Manne mitzuhelfen, das nötige Einkommen zum Lebensunterhalt herbeizuschaffen. Und erst mit müden, geschundenen Gliedern ist es der Arbeiterfrau möglich, den Haushalt zu besorgen. Was würden unsere Arbeiterinnen in einer solchen Lage tun? Das Höhnern und Spötteln würde ihnen sicher vergehen. Die Schwäche der Arbeiterklasse nutzen die Herren Kapitalbesitzer aus, und je schwächer wir werden, desto mehr werden wir ausgenutzt, ausgebeutet. Die Prostitution der bestehenden Klassen läßt in der Ausbeutung schwächer gestellter Nebenmenschen keine Grenzen erkennen; ob wir arme Leute uns 20 bis 30 Jahre eher als sonst in die Erde hineinarbeiten, unter erbärmlichen Verhältnissen, das ist den reichen Seelen gleich. Zum Zeichen aber, daß man anders denkt als man sich gibt, erwählt man den Arbeitern einige Gnadenwohlfahrten. Dazu gehören auch die Krefelder Raffestrichungen und Gnadentage sowie die Unterstützungen zu Ausflügen, welche die Seidenstoffweber mit wahrer Gier in Empfang nehmen. Mit diesem Hohn im Munde lassen sie sich noch leichter ausbeuten. In einigen Weberbetrieben existieren schon wieder Verhältnisse, welche vom Standpunkte eines gerechten, freien Lohnsystems aus als haarträubend zu betrachten sind. Und grade in solchen Augen ist der Drang nach Hebung der Lebenslage durch die Organisation am allerwichtigsten vertreten. In einem andern Fabrik werden die Arbeiter auf der Glattweberlei dadurch benachteiligt, daß für dieses Fach kein Lohnarif vorhanden ist und jeder vom Herrn Direktor nach Gutdünken abgefertigt wird. Und grade da haben die Arbeiter, statt sich der Organisation für Hebung ihrer erbärmlichen Lebenslage anzuschließen, Samstag den 22. Juli einen Ausflug nach dem Steidengebirge unternommen, bei welchem sich die Herren besonders als Gnadenwähler zeigten. Das ist ein Stück Jäger, nach dessen Empfang die Ausgebessenen wieder ein volles Jahr in Nummer und Sorgen dahindulsen können. Die Kollegen aller Arbeitsstätten müssen ihre sozialen Verhältnisse besser als bisher überwachen. Damit wird die unorganisierte Arbeiterklasse allmählich abgewetzt. Das kann nicht alles den Verbänden gelassen werden, sondern wir müssen selber unsere Interessen fördern. Erst wenn das geschieht, kann uns mit Mut und Beharrlichkeit der Verbandsarbeiten gelassen werden.